

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

sonnenzeitungspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. wird die Post bezogen vierteljährl. Nr. 2,75, unter Streumandat für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bwingergasse 21, II. Telefon 3465
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Gespedition: Bwingergasse 21. Telefon 1769
Geschäftsräume vor 8110 Linz am Rhein 7-115

Inserate werden die 6 gesetzten Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens $\frac{1}{2}$, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Korso zu beziehen. — Telegramm-Adresse: Deutscher Alpenverein.

Fig. 195.

Dresden, Mittwoch den 25. August 1909.

20. Sabra.

Kampfesrüstung in Sachsen.

Das Sitzung wird um 9 vom Dienstag geschrieben:

Als Vertreter des Partivorstandes erschien heute Genosse Fleischer zum Punkt Landtagswahl ein und Wort, um einige initiativie Ausführungen zu machen. Er kritisiert dann Verbesserungsversuche der Behörden durch gewisse Auslegungen einschlägigen Bestimmungen und absamm in allgemeinen Bemerkungen den geistigen Zustand des Dreiklassenlandtages. Nun charakterisiert er die liberalen Parteien als nicht liberal. Speziell fragt der Schule und der Lehrer und erinnert an die Versetze der letzten Jahre besonders in der Wahlrechtsfrage. Das Wahlenrecht begründet der Flechner sehr glücklich als ein Wahlrecht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen die Besitzelten, und eigentlich viele Begriffe zusammenfallen sollten. Das Ränke der bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsabhandelung erfuhr eine Bedeutung. Der Flechner schätzen das machioische Verbringen der Abstimmung in Sachsen trotz ihrer parlamentarischen Wählbarkeit, er Segner fühllicherweise als Maßstab für die politische Bedeutung der Partei anlegen. Trotzdem könnte man sie nicht ignorieren, mit den paar Beileibreden von Mandaten wird sich die lästliche überreiche Arbeiterschaft nie zufrieden geben. Der Wahlkampf geführt werden unter dem Gesichtswinkel nicht nur der Politik, sondern auch der Reichspolitik. Die Schuld der den Regierung an den reaktionären Ereignissen ist klar. Flechner hofft dann von der uns günstigen politischen Stimmung des Volkes und der Rogenjammerstimmung der politischen Parteien, befürchtet die einzelnen bürgerlichen Parteien und führt als S für die Freiheit und Unabhängigkeit dieses Landes aus.

Die geweckten und unverwundbaren dieser konsequenteren
Spirne die Bedeutung der Deutschen Tageszeitung an. Die ergötz-
liche der Konservativen, unter solcher Flagge in den Band-
kampf zu legeln, erhaben eine drostliche Bedeutung.
Kamen die Nationalliberalen, die Schwärmer für Plural-
sche, daran, die ebenso reaktionär wie die Konservativen, aber
sind wie ihre konservativen Spießgetreuen. Die Freiheitlichen
zu verbündeten abgewandelt. Der Redner sprach sein Be-
nachbar aus, daß die Laien der Freiheitlichen nicht ihren manch-
malen Worten entsprechen. Zugleich wird bei den Stichwahlen
seitige Situation fühl in Erwägung gezogen werden müssen. Der
zog, Minister, Wahlkreisvorsteher und Presse über die Taktik
in Landtagswahlen entscheiden zu lassen, wird die Billigung jedes
Von Schen

In der Debatte war über das Verhalten bei den Stichwahlen ein Einverständnis vorhanden. Es waren nur Nuancen, die Debatte erlangten. Im allgemeinen war man darüber einig, den Wahl und nächsten nach der Hauptwahl über das Verhalten im Stichwahl entscheiden. Genosse Niem wußt darauf hin, daß die Fortsetzung des allgemeinen Wahlrechts bei dem Wahlkampf im Hintergrund gestellt werde und daß von dem Parteitag ein großer Impuls für unte Landtagswahlbewegung ausgehen möge. Die Genossen Sindermann, Fleischer und Geyer glaubten in den Abstimmungen des Genossen Niem eine Abweichung von der reinen Linie der bürgerlichen Parteien gegenüber zu erkennen. Über hälftlich stand die Debatte doch in voller Einmütigkeit vor die Annahme des Antrags der Kommission bewies. Der Vorschlag über die Doppelkandidaturen wird aufgehoben. Sollen nur Doppelmandate vermieden werden, aber deshalb brauchen Abstimmung noch nicht verbunden zu werden, zu einem Zug zu kandidieren. Sollten sie dann gewählt werden, dann haben sie sich die Reichstagkandidatur niedergelegen. Diese Interpretation sprach enthalt der Antrag Lipinski, der denn auch nach längerer Diskussion angenommen wurde. Die vorgetragenen Landtagskandidaten werden bestätigt; einzelne Kreisen bleibt es überlassen, nochmals über ihre Kandidaten zu beschließen.

Dann nahm Genosse Geyer zu seinem Vortrage über Reichsfinanzreform das Wort, um eine gründliche Abstimmung mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien vorzunehmen das ganze jahrmehrliche Steuernachschwef zu verhindern. Mit dieser Auflösung des Debacles der Reaktion flang die Sonderversammlung gegen Glauchau als Ort der nächsten Sonderversammlung gerodet und donnernd und siegesfreudig erklange zum Abschluß das Hoch auf bis in alle Ewigkeit.

Rampfserfüllt geht die Sozialdemokratie Sachsen aus ihren
Stungen in Bittau hervor. Die Erwörungen, mit denen wir die
Bestenreung begrüßten, sind im reichsten Maße verwirklicht worden:
sie von den Delegierten der Partei in Bittau in ebenso eifriger wie
scher Arbeit ein treffliches Werk geleistet worden. Alle Debatten
in getragen vom Geist der Einmütigkeit, der Obedientia, der
Erfahrung für unseren sozialistischen Kampf. Wie vollkörner Beleidigung
die Parteigenossen im Range von den in Bittau gepflanzten
Baublättern und den gefassten Beschlüssen Kenntnis nehmen.
Die Landesversammlung hat wichtige organisatorische
Sachen behandelt. Sie hat dafür Sorge getragen, daß die finanzielle
Stellung der Partei gesteigert werde. Wie alle wissen, daß es dem
Proletariat schwer wird, die Großen aufzubringen, die wir von
fordern, aber wie müssen dieselbe Kosten fordern in dieser Zeit, da
kapitalistischen Finanzmänner es sich riesige Summen kosten lassen,
die ihre Interessen bedienenden Parteien mit Geldmitteln zum
der Teil Wohlfahrtsbeitrag auszustatten. Die zur Erkenntnis ihrer Klassenlage
gehenden Arbeiter wissen auch diese Verhältnisse wohl zu würdigen und es
in erster Stunde der deutschen Arbeiter, daß sie von dem Wenigen,
sie haben, immer bereit sind so viel einzuziehen, daß der politische
Kampf gegen die Machthaber und Ausbeuterparteien wichtig geführt
werden kann. So haben sich denn auf der Landesversammlung auch
Delegierter der bisher abberuhenden Kreise des Landes bereit erklärt,
die Wohlfahrtsbeitrags zur Durchführung zu bringen.

Gemeindeprogramm fertiggestellt. Sie hat die Wünsche der zurücktreten lassen, die noch weitere Beratungen über einzelne Fragen der Gemeindepolitik für angebracht hielten. Es überwog die Meinung, daß das Werk zum Abschluß reif ist. Gerade auf dem Gebiete der Gemeindepolitik, die so tief in die Einzelheiten des praktischen Lebens eingreift, treten immer neue Probleme auf, die ein Programm nicht von vornherein umfassen und endgültig lösen kann. Daher wird man in einem bestimmten Zeitpunkt gefrosten zum Abschluß seiner Programmarbeit schreiten und etwaige Erörterungen und Aenderungen der weiteren Entwicklung vorbehalten können.

Das behördere Interesse der Landesversammlung galt den bevorstehenden Wahlen. Genosse Fleißner hat in seinem Vortrage die Situation klar und scharf gekennzeichnet und die Landesversammlung zeigt die Partei fertig zum Gefecht. Die ländliche Reaction ergeht sich seit 12 Jahren in tollen Wahlentrichtungsfünften, um die Sozialdemokratie zu bezwingen. Wie vor 12 Jahren der Minister des Dreiklassenrechts v. Megich, so hat auch der Minister Graf Hohenthal bei der Einbringung seiner Pluralwahlrechtvorlage und bei der endgültigen Vollendung dieses mißgeborenen Wahlgesetzes die Absicht ausgedrochen, es solle nun „mehr Zufriedenheit“ im ländlichen Volke entstehen und die Staatsbürger sollten mit dem Staate wieder verständigt werden. Auf der Landesversammlung in Bittau ist schon die rechte Antwort erzielt worden auf diese neuen Illusionen der ländlichen Reactionäre. Die Unzufriedenheit und Erbitterung über die schändliche Entrichtung, die den breiten Massen des Volkes wiederum zugefügt wird, sind nachdrücklich zur Aussprache gelangt. Es ist deutlichst befunden worden, daß daß arbeitende Volk Sachsen sich durch wiederholt ihm zugefügte Vergewaltigungen keineswegs zur gegenwärtigen Entlastung nötigen läßt, daß es vielmehr mit nie ablassender Fähigkeit und nie rastender Kraft den Kampf gegen seine Feinde zu führen gewillt ist.

Gestärkt und gefestigt durch die Arbeit der Landesversammlung zieht die Sozialdemokratie Sachsen's in den Wahlkampf.

Die Bandenverjümmung hat das Signal zum Wohlklang gegeben. Die Tiefheit des Gesangs verändert den Platz und nicht die Höhe.

der Hand der obigen Tabelle, die Zahl der in den verschiedenen Betriebsklassen beschäftigten Personen betrachten. Dann erst kommen wir der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Betriebsklassen näher. Danach ist zwar die Zahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Personen noch im Wachsen begriffen, nämlich von rund $4\frac{1}{2}$ Millionen im Jahre 1882 auf $4\frac{3}{4}$ Millionen im Jahre 1895, und auf $5\frac{1}{2}$ Millionen im Jahre 1907. Diese Steigerung der absoluten Zahl bedeutet aber zugleich eine Abnahme des Anteils der Kleinbetriebstätigen Personen noch fast 60 Prozent aller gewerbstätigen Personen. Im Jahre 1882 umfassten die in Kleinbetrieben tätigen Personen noch fast 60 Prozent aller gewerbstätigen Personen. Im Jahre 1907 jedoch ist der Anteil des Kleinbetriebes auf 37,3 Prozent gesunken, während die gewerbstätigen Personen der Mittelbetriebe in dem Zeitraume von 25 Jahren von 18,9 Prozent auf 25,4 Prozent und die gewerbstätigen Personen der Großbetriebe von 22 auf 37,3 Prozent stiegen. In der verhältnismäßig kleinen Zahl der Großbetriebe sind also 1907 gerade genau so viel Personen erwerbstätig wie in der sehr großen Zahl der Kleinbetriebe. Der Anteil des Kleinbetriebes an der Zahlung zu Zahlung stark gefunken, der Anteil des Mittelbetriebes ist bedeutend, der des Großbetriebes ist rasch gestiegen. Die in das Gewerbe neu eintretenden Menschen haben sich hauptsächlich den Großbetrieben zugewendet, der in 25 Jahren fast 4 Millionen Arbeitskräfte neu aufgenommen hat; die Mittelbetriebe haben $2\frac{1}{4}$ Millionen, die Kleinbetriebe nur eine Million Menschen neu aufgenommen. Also: Je größer der Betrieb, um so mehr Wachstumsenergie zeigt sich.

stationale Feuersglut und Steuerpumpe.

Seien, am 23. August.

-th- Während hos Sommervergnügen der deutsch-tschechischen
Ausflüge, „Eindrücke“ und wechselseitigen Prägeleien jenen Fort-
gang hat, liegen Regierung und Regierungsparteien in schweren
Sorgen, wie die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wieder herzustellen
ist. Im Zoll hat bekanntlich Ministerpräsident Biemerth das
aus gestoßen und der Obstruktion der slowakischen Union, die
im Zweide hatte, den rumänischen Handelsvertrag und damit die
Seileinfuhr aus dem Wallan unmöglich zu machen, kampflos das
Schlachtfeld geräumt. Könnte der „leitende Staatsmann“ nach
inem Herzen verfahren, so würde er vermutlich wenig Eifer zeigten,
s. Parlament zu beleben, denn er spielt bei seiner geistigen
Angemessenheit im wirklichen Kampf der Fraktionen eine recht lädielle
Rolle; mit der Verordnungsgewalt des § 14 zu regieren wäre
seit bequemer. Nun geht das aber durchaus nicht an. Der
Staat braucht Geld, heidenmäßig viel Geld, und zu einer Er-
höhung der Steuern ist das Votum des Hauses unerlässlich. Auch
Österreich ist, nachdem es lange Jahre mit stolzen Überschüssen
prunkt, in das Elend der Defizite geraten: das heutige Budget
wird einen Fehlbetrag von 126 Millionen aufweisen. Das böse
Abenteuer offenbart nämlich jetzt die andere minder rühm-
liche Seite. Und dann — hat man einmal die Wahn der Prestige-
stift beschriften, so will man auch nicht mehr zurück: die letzten
hatten für die neuen Kanonen, die vier Dreadnoughts, die abge-
saggt werden, deren Bau also gewiß geplant ist, Besichtigungs-
taten usw. ethischen einen hohen Aufwand. Von den laufenden
Aufnahmen in dieser Form nicht zu befriedigen.

nahmen ih dieser Vugus nicht zu bestreiten.
Woher aber neue Einnahmen nehmen, wenn das Parlament
seine Untätigkeit verurteilt bleibt? Deshalb ließ sich Glombinski,
Führer des Polenkubus — als die geeignete Persönlichkeit
eines Deutschen und Tschechen zu vermitteln, weil dem Minister
nach hierzu die Fähigkeiten abgehen —, schon im Juli das Mandat
eine „Konferenz“ einzuberufen. Diese trat dann
eine Woche zusammen, und wenn sie auch kein endgültiges Er-
gebnis zeigte, stand man doch trotz der gestiegenen nationalen
Feindseligkeit die slawische Union nicht ungemein, die Kampfstellung
räumen. Das Ministerium kam ihr allerdings so weit ent-
gegen, daß es sofort den Beschluss fasste, die Landtags-
sitzung der Reichstagssession vorzugehen
lassen. Es ist das keineswegs eine Eiletsfrage, sondern
böhmischen Landtag hemmt die Verhandlungen
deutsche Obstruktion, wie im Reichsrat die slawische.
Es besteht zwar zwischen beiden Obstruktionen keinerlei zeitliche
logische Beziehung, aber die slawische Union, die ihren
Kampf mit einem Erfolg beenden will, sieht als Bedingung, daß
böhmische Landtag flott wird. Sieht man auf den Ursprung,
wäre da keine Schwierigkeit, da die Obstruktion der Deutschen
nicht bloß zur Urtheile hätte, daß eine an sich unbefriedigende
Abstimmung statt einer Deutschen statt mit einem Deutschen
hätte wurde. Allein auch hier wuchs der Kampf über den Aus-
gangspunkt hinaus, und wie die slawische Union heute eigentlich
ihre Ziel verfolgt, eine ihr genehme Umformung des Ministeriums
erreichen, so machen die Deutschen ihr Vorwürfe, daß dem
deutschen Sprachgebiete ein gewisses Maß von Selbstverwaltung
abhebt wird, denn sie erachten sich wirtschaftlich durch den von
Tschetschens Schatzkassen-Gesetzestexten benachteiligt.

Etschen beherrschten Landesausschuss benachteiligt.
Hofft nur Steinerth wirklich, es werde ihm gelingen, den
onalen Streit an dem Orte seiner bestigten Entstammlung zu
lügen? Für so töricht möchten wir ihn doch nicht halten, allein
wirkt sich in dem Glauben, daß die Deutschen Rückkehren auf
Parlament, die Etschen jedoch die furchtbare Beengung der
deutschland zur Nachholzeit stemmen könnten. Um die Rück-
kehr

	Gesamtliche Betriebe in bez.			Ges. je 100 gesetzl. Betrieben jeder Röntg. entfallen auf			
	klein	Mittel	Groß	klein	Mittel	Groß	
	Betriebe			Betriebe			
Gewerbe über- haupt. . .	1907	5 363 576	3 644 751	5 350 025	37,3	25,4	37,3
	1895	4 770 669	2 454 338	3 044 267	46,5	23,9	29,5
	1882	4 355 822	1 891 720	1 613 247	50,1	18,9	22,0
A. Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei	1907	96 378	40 820	16 913	62,5	26,5	11,0
	1895	70 691	25 853	7 184	68,0	25,1	6,9
	1882	51 437	11 422	4 559	76,3	16,9	6,8
B. Industrie, einschließl. Berg- bau und Bau- gewerbe	1907	3 200 282	3 714 664	4 987 927	29,5	25,0	45,5
	1895	3 191 125	1 902 049	2 307 329	30,9	23,8	36,3
	1882	3 270 404	1 109 128	1 554 131	56,1	18,7	26,2
C. Handel u. Ver- kehr, einfach. Schiff- und Gesellschaft	1907	2 056 916	889 267	385 185	61,6	26,6	11,8
	1895	1 509 453	526 431	120 754	69,7	24,3	6,0
	1882	1 013 981	271 170	54 557	75,7	20,2	4,1

768, im Jahre 1895: 2 934 723, im Jahre 1907: 3 124 198. absolute Steigerung der Zahl der Kleinbetriebe verwandelt im Verhältnis zur Gesamtzahl der Betriebe in eine von Rückgang. Denn von je 100 Gewerbebetrieben waren im 1882 Kleinbetriebe fast 96 Prozent, 1895: 98,3 Prozent, 1907: 91,3. Die Mittelbetriebe sind, in absoluten Ziffern, gewachsen von 112 715 im Jahre 1882 auf 191 301 im Jahre 1895 und auf 267 430 im Jahre 1907. Großbetriebe wurden gezählt 19974, 1895: 18 953, 1907: 32 007. Ein ganz anderes Bild aber noch zeigt sich, wenn wir an

Reicht es nämlich recht schlimm. Sie fieden mit einziger Ausnahme von Niederösterreich bei verfügbaren Einnahmen in einer trostlosen Schuldentwicklung, und zumal die böhmische Landesverwaltung weiß weder aus noch ein. Nun hat der Finanzminister Vilinski schon im Frühjahr einen Plan erkannt, der Staat und Länder retten sollte. Sein Hauptstück war die Erhöhung der Biersteuer von 34 Heller für den Heftholzsteuer auf 70 Heller. Dabei sollten aber die Landeshäuser auf das Bier aufgelassen, vom Staat rückvergütet werden. Der Heftholzsteuer hätte sich folgerichtig um 3 Kronen verteilt, dem Reiche wären 61 Millionen zugefallen, wovon es den Ländern 32 abgetreten hätte. Bleiben dem Staat 29 Millionen. Die Erhöhung der Braunkohlesteuer sollte weitere 34 Millionen tragen und von diesem Mehr von 68 Millionen hätte der Staat wiederum 41 Millionen zur Sanierung der Landesfinanzen aufgebracht. Da aber dem Staat mit 22 Millionen, die ihm nun übrig geblieben wären, nicht geholfen ist, was geplant, durch eine Änderung der Erbschafts- und Einkommensteuer noch 20 Millionen belasten.

Der Plan war wunderlich, aber fand sofort den lebhaftesten Widerstand der Sozialdemokraten. Um ihnen entgegenzutreten, hatte der Finanzminister sehr bald eben jenes Schöpfäschchen der direkten Steuern ausgleicht. Die Sozialdemokraten konnten sich jedoch leider nicht überzeugen, doch 20 Millionen direkt gegen 100 Millionen indirekter Steuern ein Verhältnis der sozialen Gerechtigkeit darstellen und setzen die Agitation fort, die nun bald auch die bürgerlichen Parteien losprechen möchte. „Zene Parteien“, schreibt wörtlich das führende deutsch-böhmisches Organ, die Reichsberger Zeitung, „die bei den Wahlen mit den Sozialisten in Konkurrenz stehen, haben Bedenken, sich für die Erhöhung der Biersteuer einzuhören, weil sie dann den Angriffen der sozialistischen Partei preiszugeben wären.“ Dies wurde denn auch dem Ministerium unmissverständlich dargelegt, als es nach der Konferenz der Fraktionen zu Beratungen zusammenkam, und hatte den Verzicht auf die Biersteuererhöhung zur Folge.

Indes die Regierung braucht, wie gezeigt, dringend Geld und muß den Ausfall irgendwie decken. Kann man den Genuss der Massen nicht beschränken, so beschließt man — deren Notdurst, daß es nur einmal kapitalistische Logik. Wieder lohnt das erhobene Beispiel der deutschen Finanzvorlage: die Einführung einer Biersteuer wird erwogen, von der man sich 12 bis 20 Millionen Kronen erhofft. Das ist nun freilich auch wieder nicht genug; so sollen denn die Gebühren erhöht und die Biersteuer reformiert werden. Da nun aber die Regierung überredet durch Verordnungsgebot die Eisenbahntarife um ungefähr 40 Millionen herauszuschrauben will, möchte man denen, das gäbe immerhin eine anständige Summe. Allein schon regen sich auch ähnliche Entwürfe: die Einführung des Schnaps- und Petroleummonopols müsse nicht nur die agrarischen Brenner, sondern auch die bankierten Petroleumjobber in Sachsen, denen hierbei die taifräsigste „Sanierung“ ihrer Portemonnaies zuteil würde, die neuen Steuern weit annehmbar machen.

So sieht das Geschäft aus; das sind die Mittel, mit denen die Regierung den Parteien den nationalen Kampf ablaufen möchte. Doch noch hat sie die Erne nicht in der Schiene, und der Widerstand der Sozialdemokratie, der sie schon einmal zum Rückzug nötigte, wird sich mit voller Wucht zur Geltung bringen.

Der Kampf in Schweden.

Wie am Dienstag von allen Seiten festgestellt wurde, ist der Montag ohne eine Veränderung der Situation vorübergegangen. Entgegen den Hoffnungen der Unternehmer und ihrer Brüder sind die Reihen der kämpfenden Arbeiter ungebrochen geblieben und die vierte Streikwoche hat demnach mit der gleichen Einmütigkeit begonnen, wie die vorigen.

Der vom Vorstande des gelben Arbeiterverbandes befürchtete Vertrag ist größtenteils mißlungen. Wie schon mitgeteilt wurde, haben sich in wichtigen Industriorten seine Mitglieder geweigert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am Dienstag sollte noch festgestellt werden, daß in drei weiteren Städten die Mitglieder des Verbandes es abgelehnt haben, den Vertrag an ihren kämpfenden Arbeitsbrüder zu über-

Die Verbrechungen, die darauf hinausflossen, ein vermehrtes Eingreifen der Regierung herbeizuführen, werden immer intensiver. Außer den bereits mitgeteilten Versammlungen der Bürger einiger Städte haben die Frauen, die im öffentlichen Leben stehen, eine Deputation an den König und die Regierung gesandt, um sie zur Vermittlung in dem großen sozialen Kampf aufzufordern. An der Deputation nahm auch die bekannte Dichterin Selma Lagerlöf, ferner auch die Führerin der Bewegung für das Frauenwahlrecht teil. Die Deputation stand indes sowohl beim König als auch beim Minister des Innern vor verschlossenen Türen. Keiner der Herren war zu sprechen. Sie mußten ihre Petition einem Regierungsbeamten übergeben, der sie nur hilflos und sauber in den kleinen Altenkrank liegen kann, wo sie im Laufe der Woche versäußen wird.

Ein Reckoverbot gegen den norwegischen Rechtsanwalt Puntervold wirkt wie alle neuen Polizeischikanen aufreizend auf die Arbeiterschaft; eine ehemalige Provokation ist das Eintreffen von 117 streitbrechenden Hasenarbeitern aus Lübeck, die unter bewaffnetem Schutz auf ein Logementstädtchen gebracht wurden. Einer davon war jedoch während der Überreise von Lübeck nach Stockholm über Bord gefahren.

Die Stimmung unter den Ausländern ist unverändert und, wie alle bisher eingegangenen Berichte aus den verschiedensten Orten besagen, nach wie vor eine entschlossene. — Das Bedürfnis nach Unterstützung, das bisher noch nicht so sehr in den Vordergrund getreten ist, wächst natürlich mit der Dauer des Kampfes. Aber die Arbeiterschaft des Auslandes, und ganz besonders die deutsche Arbeiterschaft, wird zweifellos alles aufzuzeigen, um ihre kämpfenden Brüder in Schweden über Wasser zu halten.

Auch in Frankreich wird jetzt für die Ausländer in Schweden gekämpft. Die französische Partei hat aus ihren beschäftigten Mitteln 1000 Franc bewilligt. Die Sammlungen in Dänemark und Norwegen gingen bisher weiter, solange der Kampf dauerte. Bis zum Schluß der vorigen Woche hatten die Dänen etwa 200 000 M. und die Norweger etwa 130 000 Kronen nach Schweden abgeführt. Auch die in Schweden nicht Ausländer beteiligen sich, wie ihnen durch Organisationsbeschluß auferlegt wurde, einmütig an den Sammlungen. Der Eisenbahnverband hat in der vorigen Woche 50 000 Kronen abgeführt. Da ähnlicher Weise führen auch die sonstigen, nicht am Auslande teilnehmenden Gruppen wöchentlich einen Tagesspenden ab.

Deutsches Reich.

Der Gesetzentwurf über die Hilfskassen.
Über dessen Schicksal bisher noch keine Gewißheit besteht, wird dem Reichstag wieder zugehen, jedoch in etwas veränderten Formen. Bürgerliche Blätter berichten, daß der Entwurf durch die kommende Reichsversicherung nicht überflüssig geworden sei. Bei der Neuregelung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung sollen die eingeschriebenen Hilfskassen, soweit sie in ihrer Leistungsfähigkeit hinreichend gesichert sind, erhalten werden, da sie sich besonders als Zusatzkassen vielfach nützlich erwiesen haben. Es sei daher nur die Teil des Hilfskassen-gegesetzes überflüssig geworden, der in die Reichsversicherungsgesetzgebung übergegangen ist. Die letztere regele lediglich das Verhältnis der freien Hilfskassen zu den Krankenkassen, während die allgemeinen Verhältnisse der Hilfskassen durch ein besonderes Gesetz geregelt werden müßten. Und aus diesem Grunde sei die Neueinbringung des Entwurfs erforderlich.

Hafnung des Staates für Amtspflichtverletzung von Beamten.

Am Reichsangeiger wird das Gesetz über die Haftung des preußischen Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt bekannt gemacht. Danach haftet der Staat an Stelle des Beamten, wenn ein unmittelbarer Staatsbeamter in Aussübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt vorläufig oder fahrlässig die ihm einem dritten gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt. Ist die Verantwortlichkeit des Beamten ausgeschlossen, weil er den Schaden im Zustande der Bewußtlosigkeit oder in einem, die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande fahrlässig Störung der Geistesfähigkeit verursacht hat, so hat ebenfalls der Staat den Schaden zu ersetzen, wie wenn dem Beamten Fahrlässigkeit zur Last fiel, jedoch nur insoweit, als die Willigkeit die Schadloshaltung erfordert.

Die Verantwortlichkeit des Staates ist ausgeschlossen bei Beamten, die ausschließlich auf den Bezug von Gebühren angewiesen sind, ferner bei solchen Amtshandlungen anderer Beamten, für die die Beamten eine besondere Vergütung durch Gebühren von den Beteiligten zu beziehen haben.

Der Staat kann von dem Beamten Erfolg des Schadens verlangen. Der Erfolgsanspruch verjährt in drei Jahren. Die Vorschriften finden auf die für den Dienst eines Kommunalverbandes angestellten Beamten mit der Mahnung Anwendung, daß an die Stelle des Staates der Kommunalverband tritt.

Das Zentrum.

Seit Wochen streitet man im Zentrumslager, wie man den wahren Charakter der Zentrumspartei bezeichnen soll. Eine endgültige Entscheidung soll in einer Konferenz gefällt werden, die stattfinden soll, nachdem der Reichstag wieder zusammgetreten ist.

Aber jetzt kommt vollständige Klarheit über den strittigen Punkt aus dem Baillan, also von einer Instanz, die es genau wissen muß und der auch nicht widerprochen werden darf. Die Unita Cattolica schreibt:

„Eine kündige gemeinsame Arbeit zwischen Katholiken und Protestanten würde nur schädigend auf den Katholizismus wirken. Vorübergehend wäre allerdings ein solches Zusammengehen möglich, ein festes Bündnis jedoch verlangt Zusätzliche und damit eine öffentliche Anerkennung des Protestantismus, zugleich aber auch ein Vergeht darauf, daß öffentliche Leben noch rein katholischen Prinzipien umgegestaltet und sich von den geistlichen Behörden leiten zu lassen. Das jedoch sei die Pflicht jedes guten Katholiken.“

Hieraus geht unzweideutig hervor, was schon ein jeder vorher wußte, daß das Zentrum einzige und allein eine katholisch-kirchlich-konfessionelle Partei ist und sein darf.

Wirkung des Tabaksteuergesetzes auf andere Industriezweige.

Einen weiteren Beleg dafür, daß nicht nur die Tabakarbeiter selbst, sondern auch die in den Nebenindustrien beschäftigten Arbeiter durch die neuen Steuergesetze stark in Misereidenschaft gezogen werden, wird aus Preisen gemeldet. Dort gibt es eine Anzahl Firmen, die zusammen 628 Arbeiter mit der Herstellung von Zigaretten beschäftigen. Durch die Vereinigung der Zigarette ist einmal der Konsum zurückgegangen, zum anderen wird an der Verpackung geprägt. An Stelle der bisherigen Holzfäden tritt die billigere Papierpackung. Die Folge ist, daß allein in drei Bremer Zigarettenfabriken mit 195 Arbeitern nur halbe Lage gearbeitet wird. In zwei weiteren Betrieben mit 175 Arbeitern ist eine Verkürzung der Arbeitszeit und damit natürlich auch des Verdienstes angekündigt.

Die „Unpolitischen“.

Aus Anlaß eines Kriegervereinfestes in Oberhessen hielt der Festredner eine Rede über die deutsche Steuerpolitik und griff dabei die liberalen Parteien als „Steuerverweigerer“ ziemlich heftig an. Das hat, wie bereits mitgeteilt, dazu geführt, daß gegen diese Art, in den Kriegervereinen Politik zu treiben, eine Belohnung an das Präsidium des hessischen Landesverbandes eingehen mit dem Resultate, daß die Vereine angewiesen worden sind, alles zu vermeiden, was irgendeine bürgerliche Partei verleben könnte.

Mit dieser Entscheidung ist die Kreuzzeitung durchaus nicht einverstanden. Sie verlangt, daß innerhalb der Kriegervereine der Agitation und Aufreizung entgegengesetzt werden müsse, die sich derart gegen Geist und Ordnung richten, wie die jetzige liberale Steuerverweigerung. Damit wird verlangt, daß die Kriegervereine offen in den Dienst der konservativen Partei treten sollen. Natürlich haben die Konservativen auch nichts dagegen, wenn die Kriegervereine jetzt im Sinne des Zentrums tätig sind.

Vor etwas mehr als zwei Jahren nahmen die Konservativen gegen das Zentrum eine andere Haltung ein. Es kam damals sogar soweit, daß sich auf Befehl der konserватiven Liberalen Bloßbrüder ultramontane Kriegervereine bildeten. Damals sollten die Kriegervereine den Kampf gegen das Zentrum und für Konservative und Liberale führen. Seit, wo das Zentrum wieder Regierungspartei ist, sollen die Kriegervereine zum Kampfe gegen den Liberalismus verwendet werden.

Es muß doch wahrscheinlich eine Lust sein, sich als Kriegervereinsbrüder politisch betätigen zu können: Heute so, morgen wieder, wie es den Konservativen gerade in den Kopf geht. Und dabei wagt man immer noch zu bestreiten, daß die Kriegervereine Gründungen sind, die den Hauptzweck haben, bei Reichstags- und Landtagswahlen allezeit staatsfreie Stimmabstimmung zu liefern.

Polizeiangste.

Als die Memeler Gewerkschaften aus Anlaß ihres Besuches einen Umzug durch die Stadt planten und die Polizeibehörde erlaubte, hierzu die Genehmigung zu erteilen, wurde sie ohne Angabe von Gründen verwirkt. Auf die beim Regierungspräsidenten eingelegte Beschwerde hat dieser geantwortet, daß zu befürchtet sei, daß durch den Umzug Menschenansammlungen auf den öffentlichen Straßen zu urachen würden, die Verkehrsstörungen und damit eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit herbeiführen könnten. Dagegen war die Polizeibehörde berechtigt, die Genehmigung zu den Umzügen zu versagen“.

Die Angabe in der Beschwerde, daß die anderen Vereine vereinigungen bei Gelegenheit ihrer Feierlichkeiten Umzüge ausführen, wurde vom Regierungspräsidenten als „unrichtig“ erklärt, da der katholische wie der evangelische Arbeitersong „nur auf dem nächsten Wege zum Festlokal“ gehen könnten.

Doch die freien Gewerkschaften nicht den „kürzesten Weg“ gehen wollten, weiß der Herr Regierungspräsident nicht, sondern es aber an und begründet damit sein Verbot mit „Gleichheit aller vor dem Gesetze“.

Die „Scharlachepidemie“.

Wir teilten bereits mit, daß eine sozialdemokratische Protestversammlung im Wahlkreis Heydebrand, in Altenhain, unter der Begründung verboten wurde, in Altenhain eine Scharlachepidemie.

Dazu wird dem V. L. noch berichtet: Wettbewerbe wußte von allen Altenauern, die am anderen Tag ein einziges Kennnis des Verbots zur Versammlung erschienen waren, ein einziger etwas von einem Krankenfall.

In Altenhain gab es überhaupt keinen Krankenfall, auch keine amtliche Bekanntmachung. Erst nach vielen Nachforschungen wurde festgestellt, daß in den ersten halben Stunden des 1. November eines Zimmermanns gestorben und beerdigt war — deswegen wußte von den Gefragten im Dorfe niemand, daß es ein einziger etwas von einem Krankenfall war. In den zehn Tagen seit diesem einzigen Todesfall hatten jedoch alle Bergungen und Beete im ganzen Kreis und in Altenau ungehindert stattgefunden, die Schulen waren geöffnet, und der Jahrmarkt in Altenhain war abgehalten worden. In Altenhain stand das ortsbüliche Schießbudenfest, und in Rüschwig, ebenfalls eine halbe Stunde von Altenhain entfernt, feierte man am selben Sonntag den Schießtag. Bogislawitz, also dem einzigen Orte, wo vielleicht vorher die Spur einer Krankheit in einem Einzelhause hätte gefunden werden können, rückte am selben Sonntag die deutsche Turner aus Sudom in geschlossenem Zug ein und arbeitete mit Todesverachtung eine solenne Feier! — Allen Arbeitern sind also nur die Sozialdemokraten des kleinen Arbeiters, der die Scharlachepidemie verursacht hat, — nach dem Beispiel der anderen Arbeiterschaften — auf die Schulter gelegt.

Das Ganze aber ist ein geradezu klassischer Betrug, den man in Schlesien das „liberale“ Vereinsgesetz rechtfertigt.

„Christliche“ Konsumvereine und Mittelstand.

Am Sonntag und Montag hielten die christlichen Konsumgenossenschaften von Rheinland und Westfalen in Köln einen Verbandsitag ab. Man beklagte, daß trotz Einladung Vertreter der bürgerlichen Parteien — nemlich des Zentrums — nicht erschienen seien. In einer Resolution wünschte der Verbandsitag, entschieden gegen das in getrennten Kreisen stattfindende Mittelstandsvereinigung, katholischer, künftinischer Betrieb usw. — immer wieder heroreitende Streitigkeiten zwischen den Körperschaften, Bandring, Reichstag und Republik, gegen die Konsumvereine mobil zu machen; es ist jedoch, daß jene Kreise durch möglichst Verstärkung, Vertreter der Beamten-Konsumvereine usw., den Arbeitern und Angestellten das Recht des genossenschaftlichen Zusammenlebens zu sichern wünschen wollen. Dieses Treiben wird dann im weiteren als „schlöfle Gebe“ bezeichnet. Es sind Zentrum und Mittelstand, die so über Zentrums-Mittelständen reden.

Zu welcher Weise die christlichen Gewerkschaften die Geschäfte des Zentrums besorgen, mag man aus dem Bericht des Genossenschaftsbeamten Bissels-Essen erkennen, der darüber fragte, daß man an seinem Wohnort einen Sturm der christlichen Gewerkschaften in dem ersten Arbeitstag erleben müßten, als man durch einen Auftrag der Zeitung die Angriffe des Mittelstandes auf die unglückliche Finanzreform hingewiesen habe.

Der Tod als Steuergöhler.

Ein Arbeitervorstand bei Memel war unproduktiv, ohne Steuern aus den letzten Heller eintritten zu haben. Diese Verneinung muß natürlich gerichtet werden. Im Memelverbande erklärte ein Beamter bei der in därtlichen Verhältnissen lebenden Bevölkerung, über der Verlust des Wohnhauses einen Vertrag ab. Man beklagte, daß trotz Einladung Vertreter der bürgerlichen Parteien — nemlich des Zentrums — nicht erschienen seien. In einer Resolution wünschte der Verbandsitag, entschieden gegen das in getrennten Kreisen stattfindende Mittelstandsvereinigung, katholischer, künftinischer Betrieb usw. — immer wieder heroreitende Streitigkeiten zwischen den Körperschaften, Bandring, Reichstag und Republik, gegen die Konsumvereine mobil zu machen; es ist jedoch, daß jene Kreise durch möglichst Verstärkung, Vertreter der Beamten-Konsumvereine usw., den Arbeitern und Angestellten das Recht des genossenschaftlichen Zusammenlebens zu sichern wünschen wollen. Dieses Treiben wird dann im weiteren als „schlöfle Gebe“ bezeichnet. Es sind Zentrum und Mittelstand, die so über Zentrums-Mittelständen reden.

Zu welcher Weise die christlichen Gewerkschaften die Geschäfte des Zentrums besorgen, mag man aus dem Bericht des Genossenschaftsbeamten Bissels-Essen erkennen, der darüber fragte, daß man an seinem Wohnort einen Sturm der christlichen Gewerkschaften in dem ersten Arbeitstag erleben müßten, als man durch einen Auftrag der Zeitung die Angriffe des Mittelstandes auf die unglückliche Finanzreform hingewiesen habe.

Gegen die preußische Dreiflaschenstrafe protestierte Memel-Breisig, aus Bielefeld, daß die Abmachungen ihrer Gewerkschaften, nachdem sie auf der Gewerkschaftsdemonstration vom 31. Januar das Goldene Zepter erlassen, nicht mehr geachtet werden. Im Memelverbande erklärte ein Beamter bei den in därtlichen Verhältnissen lebenden Bevölkerung, über der Verlust des Wohnhauses einen Vertrag ab. Man beklagte, daß trotz Einladung Vertreter der bürgerlichen Parteien — nemlich des Zentrums — nicht erschienen seien. In einer Resolution wünschte der Verbandsitag, entschieden gegen das in getrennten Kreisen stattfindende Mittelstandsvereinigung, katholischer, künftinischer Betrieb usw. — immer wieder heroreitende Streitigkeiten zwischen den Körperschaften, Bandring, Reichstag und Republik, gegen die Konsumvereine mobil zu machen; es ist jedoch, daß jene Kreise durch möglichst Verstärkung, Vertreter der Beamten-Konsumvereine usw., den Arbeitern und Angestellten das Recht des genossenschaftlichen Zusammenlebens zu sichern wünschen wollen. Dieses Treiben wird dann im weiteren als „schlöfle Gebe“ bezeichnet.

Anteile der Bierversteigerungen hat man nach einer Resolution des Bielefelder Börsenvereins, aus Duisburg, auf der Gewerkschaftsversammlung in Bielefeld, die Abmachungen ihrer Gewerkschaften nicht mehr zu achten, da die Konsumenten, die vor einigen Tagen noch eine Bierversteigerung von je 4000 Liter aufwiesen, in den letzten Tagen nicht ein Bier versteigert. Eine Bierversteigerung, die von etwa 1500 Personen besucht war, verlor über 10000 Mark an Gewinn.

Proteste gegen die Bierversteigerungen. Eine große Bierversteigerung in Bielefeld hat die Abmachungen ihrer Gewerkschaften nicht mehr zu achten, da die Konsumenten, die vor einigen Tagen noch eine Bierversteigerung von je 4000 Liter aufwiesen, in den letzten Tagen nicht ein Bier versteigert. Eine Bierversteigerung, die von etwa 1500 Personen besucht war, verlor über 10000 Mark an Gewinn.

Die Wirtschaft in Hamm i. W. haben sich zum größten Teil gestrichen, zu den alten niedrigen Bierpreisen wieder zurückgeworfen, während der aktuelle Erhöhungskreis der Bierpreise für 10 Pf., 15 Pf., 20 Pf. und 25 Pf. steht.

Preußische Polenvernichtung. Polizeilich verboten wurde der 13. Stimmabstimmung des Vereins polnisch-katholischer Arbeit-

lebten Sonntag in Berlin stattfinden sollte. Um 6 Uhr trafen Polizeibeamte im Reichstag ein, die erklärten, das Polizei um erblieb in der Veranstaltung eine öffentliche Polenversammlung sei eine Verzehrung der vereinbarten Regelungen". Sowohl die Freiheit wie die Ausführung einer solchen Einzelheit im Interesse des Reichsstaates wurden verboten für den Land gestattet. Der Verein hat gegen das obige unbegründete Urteil erhoben.

Bei der Polizeidirektion in Bodrum ist eine Zentralstelle für Überwachung der Polenbewegung im rheinisch-westfälischen Westen." Das Kriegsgericht der 9. Division hatte, wie auszu-

deutet wird, den Musketierkohlfel vom 19. Januarstrafzug des Berurteilten ermächtigte das Oberkriegsgericht des Reichsgerichts die Strafe auf 1 Jahr 3 Monate Festung. Das Kriegsgericht hat diese Urteile auf und verwies die Tasse zur allgemeinen Verhandlung an das Oberkriegsgericht des 6. Armeezuges, das jetzt gegen Koblenz nur auf 4 Wochen freigesetzt ist.

In dem Prozeß der Witwen von Robespierre gegen das Hammer

kreuz auf sofortige Auszahlung der eingelaufenen Spenden haben

mit der konservativen Partei die Beurteilungshilfe verstreichen lassen.

Entschließt sich der Konservativen erster Instanz sind dadurch rechtsträgerlich geworden.

Günther. — In Swinemünde wollte der

sozialdemokratische Schiller durch einen, daß er die Bewilligung

zu Geld für eine Schiller-Gedächtnisfeier vorbrachte.

Die Siedlungsschiller-Werke zu bilden Preisen anschau-

te Gedanken für Schiller verwendet werden. Aber siehe

Wandlitz und Wiederholung und schließlich Ablehnung durch die

sozialdemokratischen Partei.

Am 20. August wurde der Konservativen

und der Konservativen der legale Rechtsanwalt Leonhardt, der Führer und

agitator der Konservativen bei der letzten Reichstagssitzung

der Partei, der Konservativen und der Konservativen

und der Konservativen und der Konservativen

Gewerkschaftskartell Dresden u. Umg.

Freitag den 27. August 1909, abends halb 9 Uhr

Versammlung

im Dresdner Volkshaus, Maystraße 13.

Tages-Ordnung:

Die Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsen. - Vereinsangelegenheiten.

Schöntreites Eröffnen erwartet

Sozialdemokratischer Verein für den 6. läufigen Reichstagswahlkreis.

Berlin-Gesellschaft: Böhmen, Dr. 55. Düsseldorf: Wiederholung von 2 M. 1 Uhr nach 8 Uhr & 8 Uhr, Montag 10. 7 Uhr abends.

Berlin-Gesellschaft: Wiederholung von 2 M. 1 Uhr nach 8 Uhr & 8 Uhr, Montag 10. 7 Uhr abends.

Bezirk Gittersee-Coschütz.

Wegen des Sonntag den 29. August stattfindenden Kreisfestes findet unter Begegnung nach Braunauf erst Mittwoch September statt. Näheres wird in der Zeitung später bekannt gegeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden u. Umg.

Freitag den 27. August, abends 8^{1/2} Uhr, im 1. Saal des Volkshauses

Branchen-Versammlung

aller in der Gelbmetallindustrie beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Konferenz in Frankfurt.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verbandsangelegenheiten.

Es ist Pflicht aller Branchenangehörigen, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Prachtvolle Sommerbühne!
Raum im vollständig gegen jede Witterung geschützten Garten für 1500 Personen.



„Hammers Hotel“
Dresden-Strehlen, Augsburger u. Blasewitzer Str.

Das grosse Schluss-Programm der Saison!
Mokaschly-Truppe mit ihrer Pantomime
Ein fideles Gefängnis!

Hans Girardet mit neuen Schlagern sowie das übrige phänomenale Programm!

Billette im Vorverkauf in dem Zigarren Geschäft von E. Ahlheim.

Priessnitzbad

Geben Donnerstag

Unters 7^{1/2} Uhr. Programm 10 St.

Hochachtungsvoll. O. Paul.

Bürger-Schänke

Palmstr. 1 eine Min. vom Pos. pl. a. d. Wettiner Str.

erhalten Sie ein tadellos gepflegtes Bier

dafür bürgt mein circa 25-jähriges Bestehen.

Hochachtungsvoll Eduard Zehl.

Eröffnungs-Anzeige.

Einem geehrten Publikum der Johannstadt die ergebene Mitteilung, daß wir am

Donnerstag den 26. August 1909

: Bönischplatz Nr. 19 :

eine mit allen Errungenheiten der modernen Technik ausgestattete Kinotheater unter dem Namen

Lichtbild-Theater

eröffnen. Da wir infolge unserer Verbindung in der Loge sind, nur erstaunliche, eindrucksvolle Bilder zu bringen, können wir schon heute versichern, daß wir auch den verschiedensten Ansprüchen gerecht werden können. Indem wir bitten, unter Unternehmern unterschlagen zu wollen, geladen Hochachtungsvoll Fritsch & Co.

Radeberg Kino-Metropol-Theater Oberstr. 10

Programm vom 25. bis mit 31. August:

1. Die Jungfrau von Orleans, Drama.
2. Die wunderbaren Rosellen, tragödie foliert.
3. Maskenball-Abenteuer, humoristisch.
4. Revolution in der Türkei, Drama.
5. Eine Reise nach Stambul, schweil.
6. Steinzeitkrieg, Drama.
7. Schakalop, Spurmann auf Liebe, komödie.

Es haben ergeben ein Eugen Borkert.

Fahrräder

neu, mit 1 Jahr (Sar., 48, 55, 65, 75-165 M.

Dameuräder, 60, 75-150 M.

Gebr. Räder, 15, 20-75 M.

neu, 2,00, 2,25,

Mäntel, 2,50, 2,70, 3,-

3,75, 4,50-11 M.

Reibergstreifen, 4,50, 5,50, 6,50

bis 11 M.

Schlüsse, neu, 1,90, 2,50, 3,00

Cellulatern, 0,45, 0,95-6,50 M.

Stretulenlat., 1,25, 2-9,50 M.

Pedale, Paar 1,50, 1,75-6,50 M.

Luftzylinder 0,35, 0,65-1,75 M.

Reibzylinder 0,35, 0,75-3,75 M.

Gummireifen, 0,45, 0,60, 1-8 M.

Reibzylinder 0,35, 0,85-3,25 M.

Reibzylinder, 0,50, 0,75, 1-5 M.

Wettermäntel, 3,85-12 M.

Reifzangen von 2,25-5 M.

Reifzylinder, 0,45-3,50 M.

Glocken, 0,15, 0,30, 0,50-1,50 M.

Reibzylinder, Paar 0,85, 1-12,5 M.

Reibzylinder, 0,45 M.

Reibzylinder, kg 35 u. 40 M.

Gummireifen, 10, 12 u. 16 M.

Reibzylinder, 0,45 M.

tributen aufzuspielen. Ein jüdisches Parteiblatt hat sie in folgender Weise charakterisiert: „Sie zeichnen sich vor den übrigen Nationalen durch ein größeres Maß von Deucheler aus.“ (Sehr gut!) Das ist durchaus zutreffend und leider zutreffend. Denn leider wäre es uns, wenn wir eine wirklich liberale Partei hätten, mit der sich von Fall zu Fall auch zusammenarbeiten läßt. Leider stehen diesem Wunsch die Tatsachen gegenüber, wenn wir eine Partei an ihren Taten messen und nicht an den Worten und Ausführungen einzelner Führer und Bevölkerungsgruppen. In welche komische Situation muß doch eine Partei kommen, die im Landtag für das freie, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eintritt, wenn sie überall dort, wo sie einen Einfluß besitzt, das gerade Gegenteil tut. (Sehr richtig!) Daran haben wir uns zu halten, und dann haben wir die Partei zu beurteilen; ihre Reden und ihre Taten stehen in absolutem Widerspruch. Überall, wo sie bedeutungslos ist, geben sie die Freisinnigen freiheitliche Männer, während sie überall dort, wo sie als politischer Faktor in Betracht kommen und einen politischen Einfluß haben, reaktionär sind bis auf die Knochen. (Lebhafte Sehr richtig!) Ich brauche ja nur auf einige Vorgänge der neueren Zeit hinzuweisen. Ich erinnere z. B. an den Mandatsraub in Berlin, wo man vier sozialdemokratischen Abgeordneten das Mandat lasserte lediglich aus einem formalen Grund, die Wähler dieses Mandatsraubes sind ausgesprochen freiheitliche Politiker gewesen. Der Berliner Stadtrat und Abg. Fischer hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, wie die freiheitlichen Volkspartei geschaffen ist. Charakteristisch ist, daß sogar Nationalliberale und Zentrumsleute diesen Schritt nicht ohne weiteres mitmachen wollten. (Hört! Hört!) Weiter weiß ich auf die Vorgänge in Nürnberg hin, die ja durch die Erörterungen in der Presse Ihnen genügend bekannt sind. Glauben denn die Freisinnigen, daß wir ihnen das alles ruhig hingehen lassen, und daß wir sie nicht nach diesen Taten einschägen? Die Freisinnigen richtig vor dem Volle zu kennzeichnen, sind wir unserem Programm und unseren Anschauungen schuldig. (Lebhafte Sehr richtig!) Uebrigens haben wir ja gesehen, wie die Freisinnigen sich schon von vornherein mit den Liberalen zu vereinigen suchen. Beitragsmeldungen zufließen haben die Freisinnigen in Leipzig mit den Nationalliberalen Führung gezeigt. Die Freisinnige Zeitung schrieb vor einiger Zeit über die Stellung des Parteien zu den jüdischen Landtagswahlen: „Die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie in Stichwahl zu kommen, ist in verschiedenen Kreisen für die Liberalen vorhanden. Die Sozialdemokratie wird ja wohl nur mit Stichwahlen zu rechnen haben. Die Stellung der Bürgerschaft gegen die Sozialdemokratie ist heute noch genau so abwechselnd, wie bei den letzten Reichstagswahlen, so daß diese Partei selbst, wie in der sozialdemokratischen Presse bestreit angebaut wurde, auf geringe Erfolge rechne.“ Kann man sich eine größere Ungeschicklichkeit denken, als eine solche Aussage? Die Leute machen in ihren eigenen Reichen Einstellung gegen die Sozialdemokratie und glauben dann noch auf sozialdemokratische Wahlhilfe rechnen zu können! Wir haben ja immer auf dem Standpunkt gestanden, daß wir uns bei politischen Aktionen von fühlenden Erwägungen leiten und reiflich überlegen müssen, was wir im einzelnen Fall zu tun und zu lassen haben. Auch bei den Stichwahlen werden wir unsere Haltung in einzelnen Fällen von Partei zu Partei bestimmen müssen. Vergessen wir nicht, daß unter den Genossen im Lande eine unglaubliche Mithälferschaft gegen den Freisinnigen herrscht. Lassen Sie nur unsere sächsischen Parteigruppen! Alle sind einmütig in der Verurteilung der Handlungen des Freisinnigen. Trotzdem aber werden wir bei den Stichwahlen zu erwarten haben, wie im einzelnen Falle zu verfahren ist. Es wird Ihnen noch ein Antrag unterbreitet werden, wonach wir die fünf Komitees beauftragen, sofort nach der Hauptwahl mit den Vorliegenden der in Betracht kommenden Wahlkreisorganisationen, den sächsischen Abgeordneten und den Vertretern der Presse zu einer Sitzung zusammenzutreten, und in einer solchen kombinierten Sitzung könnten dann unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände bestimmt werden, welche Haltung im ganzen Lande bei den Stichwahlen eingenommen werden muß. Ein ähnliches Verfahren habe ich ja auch schon vor zwei Jahren eingeholzt. Nach dieser Vorschlag akzeptiert, dann brauchen wir heute über die Stichwahlaffäre nicht lange zu reden. Ich möchte nur erläutern, daß auch wie auf dem Standpunkt stehen, dem vor kurzem einmal Singer in demonstrativer Weise Ausdruck gegeben hat, daß die Sozialdemokratie jederzeit bereit ist, mit wirtschaftlichen und christlichen Liberalen Hand in Hand zu arbeiten, wenn es sich um die Durchführung wirklich liberaler Forderungen handelt, und daß wir nur deshalb nicht dazu kommen, weil es eben leider eine solche liberale Partei nicht gibt. (Sehr richtig!) So liegt die Sache zurzeit; ob sie sich in absehbarer Zeit ändern wird, wissen wir nicht, die Hoffnung ist jedenfalls gering.

Um erkennbar wird auch der sogenannte Mittelstandsbund in die Wahlbewegung eintreten, eine Korporation, die ja von vornherein lediglich wirtschaftliche Interessen verfolgt. Sie werden ihren Wahlkampf in der Parteipresse geleitet haben. Es ergibt sich daraus, daß der Mittelstandsbund in seiner Weise liberale und freiheitliche Interessen verfolgt, daß er nicht einmal im engsten Sinne die politischen Interessen jener Kreise wahrnimmt, für die er angeblich eintreten will, sondern daß er im allgemeinen aus den Programmen aller bürgerlichen Parteien das Reaktionäste herausnimmt. Der Mittelstandsbund ist eine durchaus fortgeschrittenste reaktionäre Bildung und dementsprechend von uns einzuschätzen und zu bekämpfen. (Sehr wahr!) Neben die Antisemiten ist wenig zu sagen, sie haben in Sachsen fast jede Bedeutung verloren, sie bilden nur noch ein kleines Schwänzchen der konserватiven Partei, sie sind auch materiell so auf den Grund gekommen, daß sie eine eigentliche Wahlbewegung ohne andere Hilfe nicht durchführen können. Das können sie nur entweder, wenn der einzelne Kandidat die Kosten für die Wahlbewegung zahlt oder wenn diese Hilfe von konserватiver Seite kommt. Auch bei den Wählern haben die Reformer heute sehr wenig Anhänger, wenn sie in neuerer Zeit irgend ein Mandat erlangt haben, so gelingt das ausschließlich mit Hilfe anderer Parteien. In Sachsen hat die antisemitische Partei abgewichen und auch ihr geistiger Führer Zimmermann erschöpft ja jetzt aus den eigenen Kräften heraus Abhängen, die sehr deutlich auf den Umschwingen der Stimmung schließen lassen. (Bravo!)

Wenn wir uns die politische Situation vergegenwärtigen, stehen wir also vor der Tatfrage, daß einzige und allein feindliche der Sozialdemokratie Neuerungen im freiheitlichen Sinne zu erwarten sind. Die Sozialdemokratie ist ohne Übereinstimmung und ohne Phrasen die einzige Partei, die für jeden politisch denkbaren Mann in Betracht kommen kann. (Sehr wahr!) Wir haben Material und Waffen genug, um das in der Landtagswahlaktion den Wählern, den Arbeitern, allen beschäftigten klassen in Stadt und Land zu sagen, und ich möchte nur wünschen, daß das in recht ausgiebiger Weise geschieht. Wir haben ja eine solche Fülle von Material, daß man nur ausgenutzt braucht. Die Landtagswahlbewegung hat aber für uns nicht nur den Zweck, daß wir Mandate erlangen wollen, sondern sie soll auch die Wahlen auf höherem Niveau, als es sonst bei der regulären Agitation möglich ist. Bei jeder Wahlagitation kommen wir an Kreise heran, an die wir sonst nicht heranzutun können, und wir haben deshalb die Aufgabe, die Verjammung besucher auch über die weitergehenden Ziele der Sozialdemokratie zu unterrichten. Wir müssen die Gelegenheit ausnutzen, um die Wahlen in die Organisationen hineinzubringen. (Bravo!)

Wie die Wahlen aufzufallen werden, das wissen wir nicht, das ist ganz ungewiß, und auch unsere Gegner wissen nicht, wie für sie im besonderen die Dinge verlaufen werden. Ob die Nationalliberalen dabei gutfakturieren werden, ob die Konserватiven mehr herauszuschlagen werden, das läßt sich nicht sagen. In unseren Kreisen hört man verschiedene Meinungen, die einen sagen, wir werden höchstens wenige Mandate bekommen, die anderen sind optimistischer, sie suchen nachzurechnen, wie hier und da der Erfolg sein könnte. Alle derartigen Berechnungen haben keinen Sinn. (Sehr richtig!) Wir treten mit aller Werke in die Landtagswahlaktion ein, und wir werden ja sehen, was dabei herauskommt. Ich persönlich neige der Auffassung zu, daß wir allzu großen Optimismus nicht zu begreifen brauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Grundgedanke des Wahl-

sojoches, die Zahl unserer Mandate auf ein Minimum zu beschränken, wird wohl richtig gewesen sein. Ungewiß sind nur die Aussichten der bürgerlichen Parteien, und darüber brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. In Betracht zu ziehen ist noch, daß der nächste Landtag zweifellos eine Anzahl wichtiger Aufgaben zu erfüllen hat. Es wird sich wahrscheinlich mit der Frage der Wahlrechtsreform zu beschäftigen haben, vielleicht wird auch die Frage der Gemeindebevölkerungsreform aufs Tapet kommen. Diese und andere wichtige Fragen müssen uns veranlassen, uns einen ganzen Einstuß auszuwirken.

Ich darf mich wohl dahin zusammenfassen, daß die sozialdemokratische Partei in bezug auf die Frage der Landtagswahl, vor allem in bezug auf die Frage der Beteiligung, völlig einmütig und geschlossen dasteht. Die Beteiligung ist ja durch Landesversammlungen und Parteitage beschlossen, sie ist aber auch selbstverständlich aus der politischen Situation heraus. Wir können mit sicherer Zuverlässigkeit in den Wahlkampf ziehen, wir werden und müssen versuchen, die Bewegung vor allem agitatorisch auszunutzen, wie müssen dafür sorgen, daß die Bewegung nicht ohne Einfluß auf das Wahlergebnis steht (richtig!). Ich brauche ja nur auf einige Vorgänge der neueren Zeit hinzuweisen. Ich erinnere z. B. an den Mandatsraub in Berlin, wo man vier sozialdemokratischen Abgeordneten das Mandat lasserte lediglich aus einem formalen Grund, die Wähler dieses Mandatsraubes sind ausgesprochen freiheitliche Politiker gewesen. Der Berliner Stadtrat und Abg. Fischer hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, wie die freiheitlichen Volkspartei geschaffen ist. Charakteristisch ist, daß sogar Nationalliberale und Zentrumsleute diesen Schritt nicht ohne weiteres mitmachen wollten. (Hört! Hört!) Weiter weiß ich auf die Vorgänge in Nürnberg hin, die ja durch die Erörterungen in der Presse Ihnen genügend bekannt sind. Glauben denn die Freisinnigen, daß wir ihnen das alles ruhig hingehen lassen, und daß wir sie nicht nach diesen Taten einschägen? Die Freisinnigen richtig vor dem Volle zu kennzeichnen, sind wir unserem Programm und unseren Anschauungen schuldig. (Lebhafte Sehr richtig!) Uebrigens haben wir ja gesehen, wie die Freisinnigen sich schon von vornherein mit den Liberalen zu vereinigen suchen. Beitragsmeldungen zufließen haben die Freisinnigen in Leipzig mit den Nationalliberalen Führung gezeigt. Die Freisinnige Zeitung schrieb vor einiger Zeit über die Stellung des Parteien zu den jüdischen Landtagswahlen: „Die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie in Stichwahl zu kommen, ist in verschiedenen Kreisen für die Liberalen vorhanden. Die Sozialdemokratie wird ja wohl nur mit Stichwahlen zu rechnen haben. Die Stellung der Bürgerschaft gegen die Sozialdemokratie ist heute noch genau so abwechselnd, wie bei den letzten Reichstagswahlen, so daß diese Partei selbst, wie in der sozialdemokratischen Presse bestreit angebaut wurde, auf geringe Erfolge rechne.“ Kann man sich eine größere Uneschicklichkeit denken, als eine solche Aussage? Die Leute machen in ihren eigenen Reichen Einstellung gegen die Sozialdemokratie und glauben dann noch auf sozialdemokratische Wahlhilfe rechnen zu können! Wir haben ja immer auf dem Standpunkt gestanden, daß wir uns bei politischen Aktionen von fühlenden Erwägungen leiten und reiflich überlegen müssen, was wir im einzelnen Fall zu tun und zu lassen haben. Auch bei den Stichwahlen werden wir unsere Haltung in einzelnen Fällen von Partei zu Partei bestimmen müssen. Vergessen wir nicht, daß unter den Genossen im Lande eine unglaubliche Mithälferschaft gegen den Freisinnigen herrscht. Lassen Sie nur unsere sächsischen Parteigruppen! Alle sind einmütig in der Verurteilung der Handlungen des Freisinnigen. Trotzdem aber werden wir bei den Stichwahlen zu erwarten haben, wie im einzelnen Falle zu verfahren ist. Es wird Ihnen noch ein Antrag unterbreitet werden, wonach wir die fünf Komitees beauftragen, sofort nach der Hauptwahl mit den Vorliegenden der in Betracht kommenden Wahlkreisorganisationen, den sächsischen Abgeordneten und den Vertretern der Presse zu einer Sitzung zusammenzutreten, und in einer solchen kombinierten Sitzung könnten dann unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände bestimmt werden, welche Haltung im ganzen Lande bei den Stichwahlen eingenommen werden muß. Ein ähnliches Verfahren haben wir ja auch schon vor zwei Jahren eingeholt. Nach dieser Vorschlag akzeptiert, dann brauchen wir heute über die Stichwahlaffäre nicht lange zu reden. Ich möchte nur erläutern, daß auch wie auf dem Standpunkt stehen, dem vor kurzem einmal Singer in demonstrativer Weise Ausdruck gegeben hat, daß die Sozialdemokratie jederzeit bereit ist, mit wirtschaftlichen und christlichen Liberalen Hand in Hand zu arbeiten, wenn es sich um die Durchführung wirklich liberaler Forderungen handelt, und daß wir nur deshalb nicht dazu kommen, weil es eben leider eine solche liberale Partei nicht gibt. (Sehr richtig!) So liegt die Sache zurzeit; ob sie sich in absehbarer Zeit ändern wird, wissen wir nicht, die Hoffnung ist jedenfalls gering.

Die Zahl unserer Mandate auf ein Minimum zu beschränken, wird wohl richtig gewesen sein. Ungewiß sind nur die Aussichten der bürgerlichen Parteien, und darüber brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. In Betracht zu ziehen ist noch, daß der nächste Landtag zweifellos eine Anzahl wichtiger Aufgaben zu erfüllen hat. Es wird sich wahrscheinlich mit der Frage der Wahlrechtsreform zu beschäftigen haben, vielleicht wird auch die Frage der Gemeindebevölkerungsreform aufs Tapet kommen. Diese und andere wichtige Fragen müssen uns veranlassen, uns einen ganzen Einstuß auszuwirken.

Ich darf mich wohl dahin zusammenfassen, daß die sozialdemokratische Partei in bezug auf die Frage der Landtagswahl, vor allem in bezug auf die Frage der Beteiligung, völlig einmütig und geschlossen dasteht. Die Beteiligung ist ja durch Landesversammlungen und Parteitage beschlossen, sie ist aber auch selbstverständlich aus der politischen Situation heraus. Wir können mit sicherer Zuverlässigkeit in den Wahlkampf ziehen, wir werden und müssen versuchen, die Bewegung vor allem agitatorisch auszunutzen, wie müssen dafür sorgen, daß die Bewegung nicht ohne Einfluß auf das Wahlergebnis steht (richtig!). Ich brauche ja nur auf einige Vorgänge der neueren Zeit hinzuweisen. Ich erinnere z. B. an den Mandatsraub in Berlin, wo man vier sozialdemokratischen Abgeordneten das Mandat lasserte lediglich aus einem formalen Grund, die Wähler dieses Mandatsraubes sind ausgesprochen freiheitliche Politiker gewesen. Der Berliner Stadtrat und Abg. Fischer hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, wie die freiheitlichen Volkspartei geschaffen ist. Charakteristisch ist, daß sogar Nationalliberale und Zentrumsleute diesen Schritt nicht ohne weiteres mitmachen wollten. (Hört! Hört!) Weiter weiß ich auf die Vorgänge in Nürnberg hin, die ja durch die Erörterungen in der Presse Ihnen genügend bekannt sind. Glauben denn die Freisinnigen, daß wir ihnen das alles ruhig hingehen lassen, und daß wir sie nicht nach diesen Taten einschägen? Die Freisinnigen richtig vor dem Volle zu kennzeichnen, sind wir unserem Programm und unseren Anschauungen schuldig. (Lebhafte Sehr richtig!) Uebrigens haben wir ja gesehen, wie die Freisinnigen sich schon von vornherein mit den Liberalen zu vereinigen suchen. Beitragsmeldungen zufließen haben die Freisinnigen in Leipzig mit den Nationalliberalen Führung gezeigt. Die Freisinnige Zeitung schrieb vor einiger Zeit über die Stellung des Parteien zu den jüdischen Landtagswahlen: „Die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie in Stichwahl zu kommen, ist in verschiedenen Kreisen für die Liberalen vorhanden. Die Sozialdemokratie wird ja wohl nur mit Stichwahlen zu rechnen haben. Die Stellung der Bürgerschaft gegen die Sozialdemokratie ist heute noch genau so abwechselnd, wie bei den letzten Reichstagswahlen, so daß diese Partei selbst, wie in der sozialdemokratischen Presse bestreit angebaut wurde, auf geringe Erfolge rechne.“ Kann man sich eine größere Uneschicklichkeit denken, als eine solche Aussage? Die Leute machen in ihren eigenen Reichen Einstellung gegen die Sozialdemokratie und glauben dann noch auf sozialdemokratische Wahlhilfe rechnen zu können! Wir haben ja immer auf dem Standpunkt gestanden, daß wir uns bei politischen Aktionen von fühlenden Erwägungen leiten und reiflich überlegen müssen, was wir im einzelnen Fall zu tun und zu lassen haben. Auch bei den Stichwahlen werden wir unsere Haltung in einzelnen Fällen von Partei zu Partei bestimmen müssen. Vergessen wir nicht, daß unter den Genossen im Lande eine unglaubliche Mithälferschaft gegen den Freisinnigen herrscht. Lassen Sie nur unsere sächsischen Parteigruppen! Alle sind einmütig in der Verurteilung der Handlungen des Freisinnigen. Trotzdem aber werden wir bei den Stichwahlen zu erwarten haben, wie im einzelnen Falle zu verfahren ist. Es wird Ihnen noch ein Antrag unterbreitet werden, wonach wir die fünf Komitees beauftragen, sofort nach der Hauptwahl mit den Vorliegenden der in Betracht kommenden Wahlkreisorganisationen, den sächsischen Abgeordneten und den Vertretern der Presse zu einer Sitzung zusammenzutreten, und in einer solchen kombinierten Sitzung könnten dann unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände bestimmt werden, welche Haltung im ganzen Lande bei den Stichwahlen eingenommen werden muß. Ein ähnliches Verfahren haben wir ja auch schon vor zwei Jahren eingeholt. Nach dieser Vorschlag akzeptiert, dann brauchen wir heute über die Stichwahlaffäre nicht lange zu reden. Ich möchte nur erläutern, daß auch wie auf dem Standpunkt stehen, dem vor kurzem einmal Singer in demonstrativer Weise Ausdruck gegeben hat, daß die Sozialdemokratie jederzeit bereit ist, mit wirtschaftlichen und christlichen Liberalen Hand in Hand zu arbeiten, wenn es sich um die Durchführung wirklich liberaler Forderungen handelt, und daß wir nur deshalb nicht dazu kommen, weil es eben leider eine solche liberale Partei nicht gibt. (Sehr richtig!) So liegt die Sache zurzeit; ob sie sich in absehbarer Zeit ändern wird, wissen wir nicht, die Hoffnung ist jedenfalls gering.

Die Zahl unserer Mandate auf ein Minimum zu beschränken, wird wohl richtig gewesen sein. Ungewiß sind nur die Aussichten der bürgerlichen Parteien, und darüber brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. In Betracht zu ziehen ist noch, daß der nächste Landtag zweifellos eine Anzahl wichtiger Aufgaben zu erfüllen hat. Es wird sich wahrscheinlich mit der Frage der Wahlrechtsreform zu beschäftigen haben, vielleicht wird auch die Frage der Gemeindebevölkerungsreform aufs Tapet kommen. Diese und andere wichtige Fragen müssen uns veranlassen, uns einen ganzen Einstuß auszuwirken.

Ich darf mich wohl dahin zusammenfassen, daß die sozialdemokratische Partei in bezug auf die Frage der Landtagswahl, vor allem in bezug auf die Frage der Beteiligung, völlig einmütig und geschlossen dasteht. Die Beteiligung ist ja durch Landesversammlungen und Parteitage beschlossen, sie ist aber auch selbstverständlich aus der politischen Situation heraus. Wir können mit sicherer Zuverlässigkeit in den Wahlkampf ziehen, wir werden und müssen versuchen, die Bewegung vor allem agitatorisch auszunutzen, wie müssen dafür sorgen, daß die Bewegung nicht ohne Einfluß auf das Wahlergebnis steht (richtig!). Ich brauche ja nur auf einige Vorgänge der neueren Zeit hinzuweisen. Ich erinnere z. B. an den Mandatsraub in Berlin, wo man vier sozialdemokratischen Abgeordneten das Mandat lasserte lediglich aus einem formalen Grund, die Wähler dieses Mandatsraubes sind ausgesprochen freiheitliche Politiker gewesen. Der Berliner Stadtrat und Abg. Fischer hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, wie die freiheitlichen Volkspartei geschaffen ist. Charakteristisch ist, daß sogar Nationalliberale und Zentrumsleute diesen Schritt nicht ohne weiteres mitmachen wollten. (Hört! Hört!) Weiter weiß ich auf die Vorgänge in Nürnberg hin, die ja durch die Erörterungen in der Presse Ihnen genügend bekannt sind. Glauben denn die Freisinnigen, daß wir ihnen das alles ruhig hingehen lassen, und daß wir sie nicht nach diesen Taten einschägen? Die Freisinnigen richtig vor dem Volle zu kennzeichnen, sind wir unserem Programm und unseren Anschauungen schuldig. (Lebhafte Sehr richtig!) Uebrigens haben wir ja gesehen, wie die Freisinnigen sich schon von vornherein mit den Liberalen zu vereinigen suchen. Beitragsmeldungen zufließen haben die Freisinnigen in Leipzig mit den Nationalliberalen Führung gezeigt. Die Freisinnige Zeitung schrieb vor einiger Zeit über die Stellung des Parteien zu den jüdischen Landtagswahlen: „Die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie in Stichwahl zu kommen, ist in verschiedenen Kreisen für die Liberalen vorhanden. Die Sozialdemokratie wird ja wohl nur mit Stichwahlen zu rechnen haben. Die Stellung der Bürgerschaft gegen die Sozialdemokratie ist heute noch genau so abwechselnd, wie bei den letzten Reichstagswahlen, so daß diese Partei selbst, wie in der sozialdemokratischen Presse bestreit angebaut wurde, auf geringe Erfolge rechne.“ Kann man sich eine größere Uneschicklichkeit denken, als eine solche Aussage? Die Leute machen in ihren eigenen Reichen Einstellung gegen die Sozialdemokratie und glauben dann noch auf sozialdemokratische Wahlhilfe rechnen zu können! Wir haben ja immer auf dem Standpunkt gestanden, daß wir uns bei politischen Aktionen von fühlenden Erwägungen leiten und reiflich überlegen müssen, was wir im einzelnen Fall zu tun und zu lassen haben. Auch bei den Stichwahlen werden wir unsere Haltung in einzelnen Fällen von Partei zu Partei bestimmen müssen. Vergessen wir nicht, daß unter den Genossen im Lande eine unglaubliche Mithälferschaft gegen den Freisinnigen herrscht. Lassen Sie nur unsere sächsischen Parteigruppen! Alle sind einmütig in der Verurteilung der Handlungen des Freisinnigen. Trotzdem aber werden wir bei den Stichwahlen zu erwarten haben, wie im einzelnen Falle zu verfahren ist. Es wird Ihnen noch ein Antrag unterbreitet werden, wonach wir die fünf Komitees beauftragen, sofort nach der Hauptwahl mit den Vorliegenden der in Betracht kommenden Wahlkreisorganisationen, den sächsischen Abgeordneten und den Vertretern der Presse zu einer Sitzung zusammenzutreten, und in einer solchen kombinierten Sitzung könnten dann unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände bestimmt werden, welche Haltung im ganzen Lande bei den Stichwahlen eingenommen werden muß. Ein ähnliches Verfahren haben wir ja auch schon vor zwei Jahren eingeholt. Nach dieser Vorschlag akzeptiert, dann brauchen wir heute über die Stichwahlaffäre nicht lange zu reden. Ich möchte nur erläutern, daß auch wie auf dem Standpunkt stehen, dem vor kurzem einmal Singer in demonstrativer Weise Ausdruck gegeben hat, daß die Sozialdemokratie jederzeit bereit ist, mit wirtschaftlichen und christlichen Liberalen Hand in Hand zu arbeiten, wenn es sich um die Durchführung wirklich liberaler Forderungen handelt, und daß wir nur deshalb nicht dazu kommen, weil es eben leider eine solche liberale Partei nicht gibt. (Sehr richtig!) So liegt die Sache zurzeit; ob sie sich in absehbarer Zeit ändern wird, wissen wir nicht, die Hoffnung ist jedenfalls gering.

Die Zahl unserer Mandate auf ein Minimum zu beschränken, wird wohl richtig gewesen sein. Ungewiß sind nur die Aussichten der bürgerlichen Parteien, und darüber brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. In Betracht zu ziehen ist noch, daß der nächste Landtag zweifellos eine Anzahl wichtiger Aufgaben zu erfüllen hat. Es wird sich wahrscheinlich mit der Frage der Wahlrechtsreform zu beschäftigen haben, vielleicht wird auch die Frage der Gemeindebevölkerungsreform aufs Tapet kommen. Diese und andere wichtige Fragen müssen uns veranlassen, uns einen ganzen Einstuß auszuwirken.

Ich darf mich wohl dahin zusammenfassen, daß die sozialdemokratische Partei in bezug auf die Frage der Landtagswahl, vor allem in bezug auf die Frage der Beteiligung, völlig einmütig und geschlossen dasteht. Die Beteiligung ist ja durch Landesversammlungen und Parteitage beschlossen, sie ist aber auch selbstverständlich aus der politischen Situation heraus. Wir können mit sicherer Zuverlässigkeit in den Wahlkampf ziehen, wir werden und müssen versuchen, die Bewegung vor allem agitatorisch auszunutzen, wie müssen dafür sorgen, daß die Bewegung nicht ohne Einfluß auf das Wahlergebnis steht (richtig!). Ich brauche ja nur auf einige Vorgänge der neueren Zeit hinzuweisen. Ich erinnere z. B. an den Mandatsraub in Berlin, wo man vier sozialdemokratischen Abgeordneten das Mandat lasserte lediglich aus einem formalen Grund, die Wähler dieses Mandatsraubes sind ausgesprochen freiheitliche Politiker gewesen. Der Berliner Stadtrat und Abg. Fischer hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, wie die freiheitlichen Volkspartei geschaffen ist. Charakteristisch ist, daß sogar Nationalliberale und Zentrumsleute diesen Schritt nicht ohne weiteres mitmachen wollten. (Hört! Hört!) Weiter weiß ich auf die Vorgänge in Nürnberg hin, die ja durch die Erörterungen in der Presse Ihnen genügend bekannt sind. Glauben denn die Freisinnigen, daß wir ihnen das alles ruhig hingehen lassen, und daß wir sie nicht nach diesen Taten einschägen? Die Freisinnigen richtig vor dem Volle zu kennzeichnen, sind wir unserem Programm und unseren Anschauungen schuldig. (Lebhafte Sehr richtig!) Uebrigens haben wir ja gesehen, wie die Freisinnigen sich schon von vornherein mit den Liberalen zu vereinigen suchen. Beitragsmeldungen zufließen haben die Freisinnigen in Leipzig mit den Nationalliberalen Führung gezeigt. Die Freisinnige Zeitung schrieb vor einiger Zeit über die Stellung des Parteien zu den jüdischen Landtagswahlen: „Die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie in Stichwahl zu kommen, ist in verschiedenen Kreisen für die Liberalen vorhanden. Die Sozialdemokratie wird ja wohl nur mit Stichwahlen zu rechnen haben. Die Stellung der Bürgerschaft gegen die Sozialdemokratie ist heute noch genau so abwechselnd, wie bei den letzten Reichstagswahlen, so daß diese Partei selbst, wie in der sozialdemokratischen Presse bestreit angebaut wurde, auf geringe Erfolge rechne.“ Kann man sich eine größere Uneschicklichkeit denken, als eine solche Aussage? Die Leute machen in ihren eigenen Reichen Einstellung gegen die Sozialdemokratie und glauben dann noch auf sozialdemokratische Wahlhilfe rechnen zu können! Wir haben ja immer auf dem Standpunkt gestanden, daß wir uns bei politischen Aktionen von fühlenden Erwägungen leiten und reiflich überlegen müssen, was wir im einzelnen Fall zu tun und zu lassen haben. Auch bei den Stichwahlen werden wir unsere Haltung in einzelnen Fällen von Partei zu Partei bestimmen müssen. Vergessen wir nicht, daß unter den Genossen im Lande eine unglaubliche Mithälferschaft gegen den Freisinnigen herrscht. Lassen Sie nur unsere sächsischen Parteigruppen! Alle sind einmütig in der Verur

zumunten sonntagsmäig verhalten will, aber eine klare Ant-
wort hat er nicht gegeben, eine klare Stellungnahme ist eben nie-
re Sache. Wer den Freisinn kennen lernen will, muß nach
kommen, hier wird er von jeder Sympathie für ihn geheil-
ten. Ich bitte Sie, dem Antrag zugestimmen, damit von vorn-
ein jede Kompilation ausgeschlossen wird. Zur allgemeinen
Feststellung möchte ich noch hinzufügen, daß der Freisinn jetzt
auch Kandidaten in dem ersten städtischen und für den ersten
dritten ländlichen Landtagswahlkreis gefunden hat.

Siem-Dresden: Es scheint wirklich Leute zu geben, die mit
poli bei jeder Frage Unterschiede in der Auffassung der Partei-
sägen konstruieren wollen. Ich habe ausdrücklich gefragt, die Re-
sponse ist vollkommen klar und nur, was Genossen Fleißner ihr
sagen, feiert mir nicht klar. Das Wort habe ich genommen,
ausgängig, daß die Parteigenossen, welche aus Wichtigkeit
in das Wahlrecht abstimmen wollen, die Parteipflicht haben,
wählen. Die Wichtigkeit ist vorhanden, und die Landesbe-
völkerung auch deshalb noch einmal darauf hinweisen, daß jeder
wählt, zu wählen. Mit der Einschätzung der bürgerlichen Par-
teien durch Fleißner bin ich ganz einverstanden, das geht schon
zu hörer, daß ich dem Sache der Parteipresse, den Fleißner
et hat, nicht ganz fern stehe.

Sindermann: Wenke hat gewünscht, daß den Agitatoren für
Landtagswahlen mehr Material zur Verfügung gestellt wird.
Irene feinen deutschen Bundesstaat, in welchem von den leitenden
Funktionären so viel Material über die Politik des Landes
vergegen ist, wie gerade in Sachsen. (Sehr richtig!) Solche
entnommen an Material fehlen, um gegen die bürgerlichen Par-
teien die richtige Stütze zu erhalten, so hat er die Zeit vom
September, wo die Wahlrechtskommission im Landtag zusammen-
getroffen ist, verloren und ungenutzt vorübergehen lassen. Un-
parteiische hat ihre volle Schuldigkeit getan, und die Partei-
genossen sind auf dem Laufenden erhalten, und auch die Wahlrechts-
kommissionen können doch an niemandem spurlos vorübergehen.
Auch das heutige Referat und die nächsten Flugschriften
ein wertvolle Ergänzung zu den schon vorliegenden literari-
schen Produkten bilden.

Wenn weiter verlangt wurde, man solle für die Taktik zu
Stichwahlen von neuem eine Landesversammlung einberufen,
möchte ich, da die Stichwahlen so schnell kommen können, doch
Appell einer Landesversammlung nicht in Bewegung zu setzen
mögen, weil dann auch Partefunktionäre, wenn nicht
vertrauen zu ihnen haben, doch sie bei der Festlegung der Stich-
wahl alles im Interesse der Vorwärtsentwicklung der Partei
werden.

Auf eine Bemerkung Schnettlers will ich noch zurückkommen,
bei einigen Parteigenossen Widerständen herdorgerufen hat,
etlicher sage, wir sind an den Freisinn herangetrieben und haben
eine Erklärung seiner Stellungnahme bei den Wahlen erwartet,
bedeutete nicht etwa, daß die Partefunktionäre an den Frei-
en herangetrieben sind, sondern es bezieht sich nur auf ein Heran-
treten im Rahmen einer Freiheitspolitik. (Schnettler: Sehr
richtig!)

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Fleißner (Schlußwort): Der Vorschlag für die Kommission,
die die Stichwahlparole feststellen soll, ist aus dem Gesichtspunkt
gemacht, daß eine einheitliche Wahlparole für das ganze
segenheit werden soll, also Grundsätze, die für uns alle mög-
lich sein sollen. Deshalb kann die Ausführungen Riemann nicht
stehen, daß eine einzige Wahlparole für das ganze
segenheit werden soll, also Grundsätze, die für uns alle mög-
lich sein sollen. Ich will noch
mehr dazu bemerken: Es ist begreiflich, wenn unsere Partei-
genossen und Wähler es schließlich so tun bekommen, bei den Stich-
wahlen fort und fort für Leute einzutreten, die bei allen Gelegen-
heiten und entgegenstehen. Das vorstehen und begreifen die Wäh-
ler nicht. (Sehr richtig!)

Riemann: Man müsse die Pflicht der Wahlbeteiligung be-
achten. Darüber habe ich glaubte ich, keinen Zweifel gelassen. Ich
möchte mich, daß kein einziger Redner auf eine Bemerkung von Riemann
eingangen ist, die mir sehr plausibel erschien. Er wollte ja eine
Berechtigung für den kommenden Parteidag spielen, aber dazu ist
Landesversammlung nicht befugt. (Sehr richtig!)

Wenn Wenke noch Material für die Agitatoren vermischt, so
in die Betreffenden Sache ja an den Kreisvorstand und das
Kontrollen wenden. Ich kann aber nicht verstehen, daß ein
Mangel nach vorhanden sein soll, man braucht ja nur unsere
Kreise zu verfolgen, welche über die sächsische Politik Material
alle und Fälle liefern. Wenke hat auch die Ansicht bestimmt,
daß die Stichwahlparole festgestellt soll. Über das verweise darauf,
daß die Kreisvorstände doch dar eingesetzt über die Lage im
eine Übersicht haben. Unser Vorschlag ist also aus prä-
zisierungen geboren.

Wenn Götter bemerkt, es sei ihm schließlich lieb, daß die Dinge
so entwickelt haben, wie es geschieden, so bestätigt ob, daß ich
die Möglichkeit hatte, den Entwicklungsgang der Parteien darzu-
schreiben, und selbstverständlich hat die Entwicklung die bürgerlichen Par-
teien aufgewiesen. Wenn ich sage, es wäre besser, wir
einen wichtigen Liberalismus, so meinte ich, es wäre dann
die Möglichkeit gegeben zur Herbeiführung politischer Frei-
heit. Die Verantwortung dafür, daß das nicht möglich ist, trägt
die Sozialdemokratie, sondern die bürgerlichen Parteien.
Schnettler sprach vom Zittauer Freisinn. Wir wissen ja, wie
sie benannt hat. Aber wie können keine Partei noch den
Wahlkreis in einzelnen Wahlkreis beurteilen, denn dann lämen
zu Dingen, wie sie von Riemann angekündigt oder verstanden wor-
den. Jede Partei muß als Ganzes betrachtet und ihre ganze
Rolle nicht nur in Sachsen, sondern auch im Reich verfolgt
den. (Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Lipinski: Um Anschluß hieran haben wir die
Frage betreffend der Kandidaturen zu behandeln. Hierzu liegt ein
längst unterjähriger Antrag vor:

Kein Parteigenosse darf in mehr als einem Landtags-
wahlkreis als Kandidat aufgestellt werden. In-
gesamt dürfen Inhaber eines Landtagsmandats nicht zum Landtag und
gleichzeitig kandidieren.

Dagegen sind die Anträge 4 und 5, die sich gleichfalls auf die
Kandidaturen beziehen, zurückgezogen.

Zur Begründung des Antrages erhält das Wort

Lipinski: Der vorjährigen Landesversammlung in Plauen
ein Antrag vor, daß Doppelkandidaturen in Zukunft zu ver-
hindern, um uneingeschränkte Ausübung desselben zu ermöglichen,
ist angenommen worden in der Hoffnung, Reichstag- und Land-
tagssitzungen in einer Person in Zukunft nicht vereinigt
zu werden, zwei Arten von Kandidaturen aufgestellt wür-
den. Dieser Antrag hat Widerspruch herverufen, und dazu
wurde durch die Unklarheit der Deklaration, die von den Komitees
zu gegeben wurde, zwei Arten von Kandidaturen aufgestellt wur-
den. Durch den Antrag Lipinski ist der Antrag nicht zum
Landtag kandidieren, der noch nicht aufgestellt, der aber wah-
rscheinlich aufgestellt wurde, durfte dagegen kandidieren. Derjenige,
der die Wahlarbeit schon früher begonnen hatte, wurde bestraft.
Zwei des Plauener Antrages war das, den Zustand der
Kandidatur zu verhindern, weil jedes Mandat die ganze Kr-
eiswahl erfordert. Sind erst einmal Doppelkandidaturen auf-
gestellt, so kommt man leicht auch zu Doppelmandaten. Infolge-
dessen ist der Antrag kein Ziel nicht erreicht. In dem von mir
vorgelegten Antrag scheiden wir die Kandidatenfrage vollständig
ab, d. h. ein Reichstagkandidat kann auch zum Landtag kandi-
dieren und ungefähr, verhindern wollen wir nur, daß Mandate in
der Hand verteilt sind. (Sehr richtig!) Weiter besagt der An-
trag, daß kein Genosse in zwei Kreisen zugleich kandidieren darf, er
ist also vollständig klarheit.

Niem-Dresden: Auch unser Antrag wollte die Unklarheit des
Plauener Beschlusses bekräftigen, die Dresden Genossen werden

jedenfalls mit dem neuen Plauener Antrag von Lipinski einverstan-
den sein.

Sindermann: In der Sache sind wir ja alle einig. Der
Plauener Beschluß war nicht ganz klar und deshalb mußte eine
Interpretation erfolgen, in der die Agitationsskomitees fast einmütig
waren, mit einer einzigen Ausnahme. Am Sonnabend haben sich
die Komitees nun wiederum mit dem Antrag beschäftigt und be-
schlossen, für den Antrag 4 einzutreten, jedoch mit einer kleinen Zu-
fügung, so daß er jetzt heißt:

"Parlamentarische Doppelmandate, das heißt Reichstag-
mandate und Landtagsmandate, und Doppelkandidaturen sind
nicht gestattet."

Der Antrag 4 gilt in dieser Form als Antrag der Komitees

und ist keineswegs zurückgezogen. Der Antrag ist auch in jeder
Weise klar.

Fleißner-Dresden: Auch ich muß bestätigen, daß wir in den
Komitees über den Antrag beraten und beschlossen haben, ihn zu
empfehlen. Lipinski hätte wohl die Pflicht gehabt, und von seinem
Vorbringen zu berücksichtigen. Heute stimmt seine jetzige Haltung
nicht mit dem überein, was er vor einem Jahre gesagt hat. Nach
dem Protokoll der Plauener Versammlung führt er aus:

"Die Agitationsskomitees haben sich mit dem Antrag be-
schäftigt und schlagen Ihnen vor, das Wort 'Doppelkandidaturen'
durch 'Doppelmandate' zu ersetzen. Doppelmandate wollen wir
nicht, wohl aber müssen Doppelkandidaturen zugelassen werden,
denn sonst schneiden wir uns ins eigene Fleisch und nehmen uns
selbst die Möglichkeit, in aussichtlosen Kreisen Kandidaten auf-
zustellen, die eine gewisse Agitationskraft haben."

Und weiter führte Lipinski aus:

"Es ist doch möglich, daß ein Reichstagwahlkreis einmal
einen Kandidaten aussiegt und daß in denselben Reichstagwahlkreis
auch eine Landtagswahlkandidation notwendig ist, obwohl die
Sozialdemokratie gar keine Aussicht auf Erwerbung des Mandates hat. In diesem Falle fällt die Person des Kandidaten für
den Reichstag zusammen mit der für den Landtag. Es ist also
eine und dieselbe Person, welche die Agitation ausübt."

Wie wollen Sie denn da einen Unterschied zwischen Reichs-
tagabgeordneten und Reichstagkandidaten machen, warum soll
denn ein Reichstagabgeordneter nicht auch in einem aussichtlosen
Landtagswahlkreis agitieren. Wie wollen das zulassen und der
Antrag Lipinski schlägt das aus.

Lipinski: In den Komitees habe ich schon bei der Deklaration
zum Plauener Antrag den Einspruch des Leipziger Komitees
geltend gemacht. Ich habe auch gegen die Fassung des Löbauer
Antrages Einspruch erhoben, weil er die Unklarheit bestehen läßt.

Diese Unklarheit zu befreiten, ist Aufgabe jedes Genossen, und auch
ich habe mich dieses Rechts dadurch nicht begeben, daß die Komitees
einen Beschluß gegen meinen Willen nicht zugestimmt haben. In
einem Widerspruch, wie Fleißner meint, befindet ich mich nicht. Als
Vorbringer hatte ich in Plauen die Aufgabe, den Beschluß der
Komitees zur Kenntnis der Verfassung zu bringen und die
Zweifel, die bei dem Beschuß möglich waren, zu beseitigen. Wenn
mir das nicht möglich war, so liegt das an der unsklaren Fassung.

Die Absicht des Plauener Beschlusses war, Doppelmandate zu ver-
hindern, und diese können zu Lande kommen, wenn ein Reichstag-
abgeordneter bei der Landtagswahl kandidiert oder umgekehrt. Wer
soll denn feststellen, ob ein Kreis aussichtslos ist oder nicht. Nach
dem jetzigen Widerspruch ist das garnicht möglich. (Sehr richtig!)

Müller-Zwickau: Ich will nur feststellen, daß wir keine Kennt-
nis davon hatten, daß Lipinski mit dem Zentralkomitee keine Rück-
sprache genommen hat. Immerhin ist die neue Fassung Lipinskis
schärfer, und deshalb sollten wir ihr zustimmen.

Götz-Leipzig: Der Zwickauer Antrag ist klarer als der vor-
jährige Beschluß, aber noch klarer ist der Antrag Lipinski, und deshalb
brauchen wir nicht darum zu streiten, daß er sich nicht an
die Komitees gewendet hat, er hat das Recht wie jeder andere, zu
jeder Zeit einen Antrag einzubringen. In der Sache sind wir ja
vollständig einig, und ich empfehle, dem Antrag Lipinski zuzustimmen.

Fleißner-Dresden: Auch ich will keinen Streit herbeiführen,
aber das Verfahren doch feststellen. Wir beraten lange über einen
Antrag, der die Grundlage zu unserem Verhalten in einer Frage
gibt, und dann erfahren wie auf einmal, daß der Antrag zurück-
gezogen ist, ohne daß man uns ein Wort gesagt hat. Ich meine,
man hätte uns vorher verständigen sollen. Zur Sache bemerkt ich,
daß auch der Antrag Lipinski die gleichzeitige Kandidatur zum
Reichstag und Landtag gestattet, also in keiner Weise klarer ist als
der von den Komitees empfohlene Antrag.

Günther-Zwickau: Ich halte den Antrag Lipinski für klarer.

Sindermann: Wenn man Doppelkandidaturen zulassen will,
so entgegne ich, daß ein Kandidat nur einen Kreis wünschbar be-
arbeiten kann. Auch Lipinski will zulassen, daß ein Reichstag-
kandidat zum Landtag kandidiert. Es ist auch nicht einzusehen,
warum das nicht der Fall sein soll, da ja die Wahlen nicht zu-
ammen fallen. Der Antrag der Komitees bringt dies ebenfalls

deutlich zum Ausdruck, und ich bitte deshalb, ihm zuzustimmen.

Vorsitzender Schnettler: Dem Bureau liegt ein schriftlicher
Antrag der Komitees nicht vor.

Lipinski: In der gestrigen Besprechung hat uns der Antrag,
wie Sindermann ihn vorlas, nicht vorgelegen. Daraufhin ist eine
Konsens erfolgt, deren Resultat der vor mir formulierte Antrag
ist. Die Streitfrage, ob ein Reichstagkandidat auch zum Landtag
kandidieren kann, scheidet mein Antrag aus, zeitlich fallen ja diese
Wahlen nicht zusammen, und sollte irgendwann der Kandidat bei der
einen Wahl gewählt werden, so hat er von der anderen Kandidatur
zurückzutreten. Bemerken will ich noch, daß in meinem Vorgehen
eine Konsensierung der Komitees nicht beobachtet war.

Vorsitzender Schnettler: Der von Sindermann erwähnte An-
trag liegt jetzt auch im Bureau vor.

Müller-Zwickau: Der Antrag Lipinski trägt den Wünschen
des Zentralkomitees insofern Rechnung, als danach ja Reichstag-
kandidaten zum Landtag kandidieren können und umgekehrt.

Rosse-Chemnitz: Ich habe das Gefühl, daß hier nicht alles
ausgesprochen wird, was mancher auf dem Herzen hat. (Sehr
richtig!) In Plauen habe ich den Antrag bestimmt und gesagt, daß
unter gewissen Umständen es denkbar ist, daß die Vertretung durch
dieselbe Person im Reichstag und im Landtag den Interessen der
Arbeiterchaft dienlich ist. (Lebhafte Auseinandersetzung.) Ich will nicht
wiederholen, was ich in Plauen gesagt habe, aber wenn man diesen
meinen Standpunkt bestimmt - und das tut ja die große Mehrheit,
die Doppelmandate nicht zulassen will - dann verstehe ich nicht,
wie man den Antrag Lipinski bekämpfen kann. (Sehr richtig!)

Thieme-Dresden: Ich möchte nur erläutern, daß es keineswegs
richtig ist, daß Lipinski so ist, als ob die Komitees überhaupt keine
bestimmte Fassung beschlossen hätten.

Schmidt-Zwickau: Die Zwickauer Parteigenossen versuchten,
dem Plauener Beschluß eine klarere Fassung zu geben. Nach klarer
war die Fassung, welche die Komitees am Sonnabend beschlossen
haben. Gestern hat nun Lipinski in einer Aussprache mit mehreren
Delegierten eine noch klarere Fassung gefunden, und deshalb bitte
ich, dieser zuzustimmen.

Sindermann: Am Sonnabend haben wir es allerdings für
unmöglich gehalten, daß auf Grund unserer Fassung Doppelmandate
entstehen können. Wenn die Landesversammlung den Antrag
Lipinski für präziser hält, so glaube ich, werden auch die übrigen
Komiteesmitglieder mit mir einverstanden sein, wenn ich den
Komiteeauftakt hiermit zurückziehe.

Hieraus wird der Antrag Lipinski angenommen.

Es folgt Punkt 3:

Begründung der Landtagswahlkandidaturen.

Die Aufstellung ist noch nicht erfolgt im 4. und 20. ländlichen
Zwickauer Kreis, sowie im 42. ländlichen Kreis, in den übrigen
Kreisen ist die Aufstellung erfolgt und wird von der Landesver-
sammlung bestätigt. Die sozialdemokratischen Landtagskandidaten
finden:

1. Dresdner Kreis: Brüggen, Hugo, Dresden.

2. . . . Graupe, Viktor, Dresden.

3. . . . Starke, Paul, Dresden.

4. . . . Schnabel, Richard, Dresden.

5. . . . Schulze, Ernst, Cossebaude.

6. . . . Südnit, Otto, Dresden.

7. . . . Wirth, Robert, Dresden.

1. Leipziger . . . Schuchardt, H., Leipzig.

2. . . . Seeger, Friedrich, Leipzig.

3. . . . Ille, Richard, Leipzig.

4. . . . Lange, Heinrich, Leipzig.

5. . . . Bamme, Adolf, Leipzig.

6. . . . Lehmann, Julius, Leipzig.

7. . . . Dr. Benisch, Paul, Leipzig.

1. Chemnitzer . . . Müller, Herm., Chemnitz.

2. . . . Beihig, Eduard, Chemnitz.

3. . . . Danner, Albin, Chemnitz.

4. . . . Blauescher, Gustav, Zwickau.

5. . . . Zwicker, August, Zwickau.

6. . . . Schmidt, Herm., Zwickau.

7. . . . Böhme, Wilhelm, Zwickau.

8. . . . Klemm, Wilhelm, Zwickau.

9. . . . Höhnel, R., Leipzig.

10. . . . Barth, Max, Leipzig.

11. . . . Stolle, Heinrich, Zwickau.

12. . . . Möller, Ernst, Zwickau.

13. . . . Stöckel, Karl, Zwickau.

14. . . . Schmid, Edmund, Grimma.

15. . . . Deimler, Karl, Zwickau.

16. . . . Spindler, Max, Zwickau.</p

Doppelte erhält, er soll in Zukunft 80 Pf. statt der bisherigen 40 Pf. pro Kopf der Bevölkerung betragen. Natürlich kann eine solche Regelung nicht als eine Reform der bisherigen Verhältnisse bezeichnet werden; auch sind die Finanzminister der Einzelstaaten nicht sehr erfreut davon, sie geben sich aber wohl der Hoffnung hin, daß, wenn sie die Beiträge wiederum nicht zahlen können, sie ihnen von neuem gehindert werden, bis dann wieder einmal der Zeitpunkt kommt, wo sie ihnen völlig gleichstehen werden. Wenigstens ließ die Schilderung der finanziellen Verhältnisse der Einzelstaaten in der Finanzkommission den Schluß zu, daß die Einzelstaaten in Zukunft ihre Maritkularkontributions nicht mehr zahlen können. Die einzelstaatlichen Finanzminister haben dann auch hunderte von Millionen neuer Steuern durchgebracht, gleichzeitig, so ist sie vorher für unvermeidbar erklärt hatten. Ferner gehtet zu einer wirklichen Finanzreform, daß das Steuersystem von Grund aus reformiert wird. Wir hatten das indirekte Steuersystem für durchaus schädlich für unsere Volkswirtschaft; die indirekten Steuern sind eine noch unter progressiv wirkende Belastung der arbeitenden Klassen. (Sehr richtig!) Die indirekten Steuern auf Lebens- und Genussmittel mielen als Kopfsteuer und treffen daher den Arbeiter stärker als den Fleischen. Diese Wirkung ist selbst von konservativen Gelehrten bestätigt, z. B. von Professor Adolf Wagner. Ein solches Steuersystem müßte bei einer wirklichen Reichsfinanzreform geändert werden. Aber in dieser Beziehung hat Herr Endow nicht das mindeste getan. Wenn die Regierung die Nachschichtsteuer vorbereitet und das Erbrecht des Staates verändert wissen wollte, und dadurch etwa 90 Millionen an direkten Steuern haben wollte neben 400 Millionen Markt indirekt, so war das nur ein Verlegenheitsversuch, um nicht die ganze Summe den breiten Massen aufzuerlegen und diese dadurch noch unzufriedener zu machen; sie wollte damit ein volksfreundliches Röntgen um ihre neue Volksselbstostung schaffen. Nun sind aber die Vorlagen der Regierung sogar noch verschärft worden. Der Kampf um die direkten Steuern, um das Erbrecht des Staates und die Nachschichtsteuer, ist Ihnen ja bekannt, auf Einzelheiten braucht ich nicht einzugehen; sie kann nur summarisch wiederholen, damit wir es bei der Diskussion auswählen, daß eine Verschärfung sogar der Regierungsvorlagen eingetreten ist. Nicht nur 400 Millionen indirekten Steuern sind geschaffen, 500 Millionen Besitz- und Verbrauchssteuern und keine einzige direkte. Diese Übersteuerung volksschädlicher Steuern ist keine Finanzreform, sondern eine Verschärfung des jetzt schon bestehenden Steuersystems, die gerade die arbeitende Klasse ganz außerordentlich trifft.

Die Finanzreform sollte nach Herrn Endow seines bringen eine "Sanierung der Reichsfinanzen". Ist diese nun durch die neuen Steuervorlagen eingetreten? Keinesfalls. Die verstärkte Ausbeutung der arbeitenden Massen durch die höheren indirekten Steuern macht die ganze Wirtschaftslage des Reiches schädigend, weil die Steuerkraft des Volkes darunter leidet. Die Besteuerung der Waren schwächt das Einkommen des Volkes, es muß bei der Deduktion seines Bedarfs sich einschränken; es werden also weniger Waren gekauft als früher, daher werden auch weniger produziert werden, und es wird eine Stagnation in der Produktion eintreten, die eine Schädigung der gesamten Volkswirtschaft bedeutet, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. Auch ein Heraufdringen der Steuerkraft des Volkes bedeuten diese Gefahr. Es wird also nicht nur die Wirtschaftslage des Reiches geschädigt, sondern die Steuerkraft des Volkes noch außerdem heruntergedrückt, und dadurch groß die Regierung die Quellen für die Einnahmen des Reiches überhaupt ab. Bei dieser Einschränkung der Lebenslage der Arbeiter muss auch die Berechnung der Erträge der neuen Steuern eine unsichere werden, man wird aus ihnen nicht so viel schöpfen können, als man denkt. Auch die Regierung ist in dieser Beziehung von einem bestimmten Pessimismus ergriffen. Demnach kann eine Sanierung der Finanzverhältnisse des Reiches keineswegs eintreten. Bestätigt wird dies durch das, was neuerdings über die Einnahmen des Reiches im Jahre 1908 bekannt geworden ist. Infolge der Krise ist schließlich eine Einschränkung des Bedarfs eingetreten, und das hat einen Rückgang der Einnahmen veranlaßt, und zwar, wie die neue offizielle Auskunft besagt, wird das Defizit des Jahres 1908 140 bis 150 Millionen Mark betragen. Kaum soll durch die neuen Steuern von 500 Millionen Mark eine Sanierung durchgeführt sein, so tritt schon ein neues Defizit von 140 bis 150 Millionen in die Erhebung, das bei der Berechnung der neuen Steuervorlagen noch garnicht in Ansatz gebracht war. Wie haben schon im Reichstag gesagt, für uns habe keinemst, daß in zwei bis drei Jahren wieder ein Defizit von mehreren Hundert Millionen Mark vorherrschen wird, man bestürdt und so der Schwierigkeit, aber schon jetzt ist unsere Zukunftslage bestätigt.

Wenn schon aus den vorgeführten Gründen von einer Sanierung der Reichsfinanzen gar nicht die Rede sein kann, so kommt noch ein anderer hinzu: Wenn jetzt das Reich eine halbe Milliarde neuer Steuern erhält, um die Defizite aus den Vorjahren und die neuen Ausgaben für das Heer zu decken, so steht für uns doch fest, daß der Militarismus, der Monomachus, die Lusttrotte, das Kolonialsystem, das Weltphantasien immer mehr und mehr erfordern werden, so daß garnicht davon zu denken ist, daß die Reichsfinanzen, selbst bei einem vernünftigen Steuersystem, auf eine gesunde Grundlage gestellt werden können. Nach allen Erfahrungen auf diesem Gebiete müssen wir voraussehen, daß bald wieder neue Forderungen von hunderten von Millionen, vielleicht von Milliarden kommen werden. Ist einmal ein Loch zugekippt, so reiht es der Militarismus und die Weltpolitik sofort wieder auf und verlangen immer mehr. Es ist also eine Vorausstellung falscher Tatsachen, von einer Sanierung der Reichsfinanzverhältnisse durch die 500 Millionen Mark neuer Steuern zu sprechen.

Um Krüze würde ich mich nun noch der Frage zuwenden: Wie kann denn die neuen Steuern zustande? Die erste treisende Antwort wäre: Unter der Zertümmerung des Bülowblots, der bei den Hottentottenwahlen von 1907 zustande gebracht worden ist und der dessen Zustände im Reiche schaffen sollte. Verschiedene Leute erwarteten ja von dem Hottentottenblot eine liberale Ära. Doch diese nicht eintreten konnte, hat die Sozialdemokratie den Wahlsieg vorausgesetzt. So war die liberale Presse, sowohl die national-liberale wie die freisinnige, es an Tamiam die sogenannte Steuertreform liberales Ära nicht fehlen lassen; was ist da nicht alles in Aussicht gestellt worden, was der Bülowblot für große Taten vollbringen werde. Daher bei den Steuervorlagen die Zertümmerung des Blotes am ehesten vor sich gehen werde, was vorauszusehen. Man hat ja die sogenannte Steuertreform vor zwei Jahren verschoben. Schon Freiherr v. Stengel hat vor zwei Jahren neue Steuervorlagen gemacht, die bei den Liberalen und auch bei anderen Parteien Widerstand fanden, weshalb ja Herr v. Stengel sein Amt niedergelegt hat. Nun folgte Bülow beißen. Neue Konferenzen fanden statt zwischen ihm und den Liberalen; dabei wurden die Liberalen soweit gebracht, daß sie 400 Millionen Mark indirekte Steuern befürworten wollten und dazu nur 100 Millionen direkt durch die Nachschichtsteuer und das Erbrecht des Staates. Doch die Liberalen in den Konferenzen mit Bülow diese Zugeständnisse gemacht haben, beweist, wie jämmerlich sie sich bereits im Bülowblot zurückentwickelten. Früher haben sie immer gegen genüge indirekte Steuern gekämpft, vor allem auch gegen die Tabaksteuer; jetzt hören sie die Auflage gegeben. Vier, Kronenmeier und Tabak höher besteuern zu wollen, wenn sie auch die Bedingung stellen, daß bei Kronenmeier die Liebesgabe für die Großbrennereien aufgegeben werden sollte. So weit also hatte Bülow die Liberalen bereits gebracht, daß sie 400 Millionen Mark indirekte Steuern bewilligen wollten. Indem sie sich darauf einließen, haben sie bewiesen, wie richtig es von der Regierung Bülow eingestuft wurde. Wenn die Romantikheit der Liberalen je hätte bewiesen werden sollen, so hätte es nicht besser geschehen können als durch diese Tatsache, und wenn Bülow hätte beweisen wollen, daß der Militarismus zu allem fügt ih, so ist ihm dieser Beweis in jeder Weise gelungen. Sie dachten sich nicht gescheut, den allreactionären Wohnungen zuzugewandten — mit auf andere Gebiete nicht übergetreten, doch es aber möglich war, im Fleischverzehrsgesetz den Sprudgen-

paragrafen zu schaffen, ist eine ewige Schande für den Oberstoffs.

mus. (Beifallige Zustimmung.)

Bei der Vorlage über die Brannweinsteuer kam es bekanntlich zum Streit. Auch hier wichen die Liberalen noch einmal zurück. Da den Verhandlungen bei Bülow hatten sie noch darauf bestanden, daß die Belebung der Liebesgabe unter allen Umständen als Bedingung aufrecht erhalten werde, aber in der Finanzkommission fielen sie um und gingen auf eine allmähliche Belebung der Liebesgabe ein, ein ganz jämmerliches Verschärfen, für das wir Ihnen in der Kommission unsere Meinung gründlich gesagt haben. Aber auch dieses Zurückweichen vor den Agrariern, vor den groben Schnapsbrennern hat diese nicht verhindert, die volle Liebesgabe zu verlangen, und nun begann der Kampf. Das Zentrum brachte Stach gegen Bülow, weil er diese Partei aus der Reichstagsmehrtum ausgegeschlossen hatte, es glaubte die Zeit gelommen, wo es mit den Konservativen aufs neue anbandeln könnte, es versprach ihnen nicht nur die volle Liebesgabe, sondern half sie ihnen noch entwideln und um 5 bis 10 Millionen Mark erhöhen. Das gab natürlich den Konservativen die Möglichkeit zum scharfen Vorgehen gegen ihre Blockbrüder. Reichenbachi drohte die Erbschaftsteuer einen Stich in den Bloß. Ich brauche auf die unstrittigen Gründe der Konservativen gegen die Erbschaftsteuer nicht einzugehen, mußte doch selbst Professor Wagner zugeben, daß es lächerlich sei, von einer Verstärkung des Familiensinn durch die Erbschaftsteuer zu sprechen. Aber der Kampf um die Erbschaftsteuer erweiterte den Krieg zwischen den Liberalen und Konservativen, die Nationalliberalen haben sich in dieser Frage noch viel jämmerlicher verhalten als die Freisinnigen. Herr Voelkel sagte tatsächlich in der Kommission, daß der Familiensinn durch die Ausdehnung der Erbschaftsteuer zerstört werde. Nachträglich hätten sie diese Art des Kampfes gegen die Nachschichtsteuer gern rückgängig gemacht und suchten das zu verdecken dadurch, daß sie, als die Sozialdemokraten eine Reichsvermögenssteuer verlangten, erklärten, auch sie träten dafür ein. Als wir zu dieser Frage Stellung nahmen, machte ich in der Fraktion sofort darauf aufmerksam, daß durch die Erbschaftsteuer und Reichsvermögenssteuer im Handumdrehen 500 Millionen aufgebracht werden können, und es freut mich, daß heute auch ein Teil der bürgerlichen Preße dasselbe erklärt. Eine Vermögenssteuer von 1 pro Mille bei Vermögen von 20 000 M. an würde ohne weiteres 200 bis 250 Millionen Mark für das Reich ergeben. An der Hand der englischen und französischen Erbschaftsteuer ist ebenfalls sofort zu erwischen, daß es leicht ist, eine leinsweise drückende Erbschaftsteuer einzuführen, die ebenfalls 200 Millionen für das Reich ohne weiteres ergibt, ohne daß das Volkseinommen irgendwie geschwächt und das Kapital in seiner Unternehmungslust irgendwie eingeschränkt würde. Die Regierung wäre also leicht in stande gewesen, 500 Millionen Mark sofort aufzubringen ohne irgend eine Schädigung unserer Volkswirtschaft, ohne jede neue Belastung der arbeitenden Massen. Das ist nun leider nicht geschehen, denn die Vertreter der beschäftigten Massen haben sich gerade gegen alle Besitztumern gewandt, um den Preis nicht zu belasten, und der famose Antrag, der von dem neuen Bloß in der Finanzkommission eingefordert wurde, angeblich, um neue Besitzsteuern zu schaffen, war eine Phantasie, ein unbegründetes Plausibel, das ja die Finanzminister der Einzelstaaten als durchführbar bezeichneten. Über den Kampf um die direkten Steuern, der Kampf um die Liebesgaben, war ja eigentlich den Konservativen nur ein Vorwand, um den Bloß zu zerrümmern und die Blockpolitik Bülow's, die ja 1907 noch unterstützt hatten, los zu stellen. Als nämlich die Sozialdemokraten forderten, daß die politischen Zustände in Preußen gebessert werden sollten durch die Belebung des Dreiklassenausbildungsmaßnahmen, da mußte wohl über der Freisinn, gedrängt durch unsere Agitation, in seiner Preße zugeben, daß eine Belebung der Verhältnisse in Preußen nur möglich ist durch Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Dafür waren zwar die Freisinnigen auch nicht zu haben, gleichwohl denn die Nationalliberalen, aber eine Wahlrechtsreform auch auf das Wahlprogramm der Blockpolitik. Gedrängt von unserer Partei, haben sie denn auch im preußischen Landtag von der Regierung eine Erklärung verlangt, und dann kam jene bekannte Erklärung des Fürsten Bülow, die eine Absehung des allgemeinen Wahlrechts war und die so lächerlich ausfiel, daß wir mit Recht sagen könnten, Bülow glaubt durch diese diplomatischen Wapanen das ganze Volk an der Krise herumzuführen und die Wahlrechtsreform verschlappen zu können. (Sehr richtig!) Den Konservativen war dies schon viel zuviel, diese höchst zweifelhafte Bausage an die Forderung einer Wahlrechtsreform war ihnen in ihrem reaktionären Inneren zuviel, sie wollten nicht einmal, daß Bülow durch die Blockpolitik zu jünger nichtsagenden Erklärung gedrängt wurde, sie wollten deshalb die Blockpolitik nicht mehr mitmachen, sie glaubten, größere Gefahren ständen in Aussicht, und strebten sie danach, die erste Gelegenheit zur Zertümmerung des Bloß zu ergreifen und wieder mit dem Zentrum gemeinsame Sache zu machen. In diesem Sinne ist der Kampf um die direkten Steuern, die Erbschaftsteuer und um die Liebesgaben geführt worden, und in der Tat ist dabei der Bloß in die Brüche gegangen. Bülow, der so unbedenklich gesehen war und erklärt hatte, ohne die Erbschaftsteuer sei für ihn die sogenannte Finanzreform unannehmbar, konnte sich nicht noch lächerlicher machen, er konnte nicht von neuem mit demselben Zentrum die Geschäfte führen, das er 1907 quasi als nationale Freiheit bezeichnete. So lächerlich gemacht vor alter Welt mußte Bülow wohl oder übel die letzten Konsequenzen ziehen, er trat von seinem Posten zurück. Die Blockpolitik des Zentrum hatte sich bewährt, sie hatte zum Sturz des Fürsten Bülow geführt, allerdings konnte sie sich nur bedanken, indem sie dem Volke neue schweren Wunden schlug. (Hört! Hört!) Das Zentrum hatte seinen Zweck erreicht, Bülow gestürzt, und mußte nun mit dem neu gewonnenen Freund, den Konservativen, die neuen Steuern durchdrücken.

Einige Worte über die Stellung der Sozialdemokraten zu den neuen Steuern. Im allgemeinen kann ich mich dabei sehr kurz fassen, denn ich habe schon gesagt, daß die Sozialdemokratie gegen alle indirekten Steuern ist und direkte Steuern an deren Stelle eingeführt wissen will. Die Sozialdemokratie ging aber auch von der Aufsicht aus, wenn hundert Millionen der neuen Steuern abgewendet werden können von dem arbeitenden Volk durch eine vernünftige direkte Steuer, dann würde sie natürlich die Abwendung einer solchen Last von dem arbeitenden Volle vollziehen helfen. Da übrigens die Sozialdemokratie in ihrem Programm im allgemeinen direkte Steuern fordert, so war es erfärlich, daß wir logen, durch eine Reichsvermögenssteuer, durch eine Erbschaftssteuer, eventuell auch durch eine Wertzuwachssteuer sind die Mittel aufzubringen, um die Lasten des Reichs zu deden. Wenn wir prinzipiell für solche Steuern sind, so ist es erfärlich, daß wir dem Prinzip Zustimmen, gleichwohl ob es nun in einer Regierungsvorlage enthalten ist oder nicht, und in diesem Sinne hat die Sozialdemokratie Prinzip ihrer Finanzreform präzisiert. Wir haben im Prinzip einer Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder und einer Erhöhung der Soße zugestimmt. Wie haben in der Kommission Anträge auf einen vernünftigen Ausbau der Erbschaftsteuer gestellt, Anträge, die viel weiter gingen als die Regierungsvorlage, und durch die wie ein paar hundert Millionen hätten herauszubekommen. Diese Anträge wurden abgelehnt und statt dessen die Regierungsvorlage in einzelnen Punkten verschärft. Es wurden die Privilegien für die Fürsten aufrecht erhalten, Privilegien für die Agrarier und die Kirche wurden verschärft. Hier gegen zögerten wir selbstverständlich Front machen. (Sehr richtig!) Bei der Einzelberatung in der Kommission haben wir uns für die günstigen Paragraphen entschieden und die anderen abgelehnt. Das haben wir auch bei der zweiten Abstimmung im Plenum getan, die Fraktion hat sich da auf denselben Standpunkt gestellt, wie ihre Vertreter in der Kommission. Wir haben für unsere Haltung in der Kommission die völlige Zustimmung der Fraktion gefunden. Ich leide das, weil neuerdings in der Vorlage die Haltung der Fraktion zur Erbschaftsteuer angekündigt ist, und weil es mir als ständiger Mitglied der Finanzkommission darauf ankommt, die Dinge so darzulegen, wie sie sich zugestanden haben,

so daß ein Zwiespalt in der Partei nicht gut aufsehen kann. Bei zweiter Abstimmung im Plenum haben wir für das Prinzip der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder gestimmt. Wir sind in unseren Anträgen in bezug auf die zweite Abstimmung, aber nachdem sie abgelehnt waren, auf das Prinzip gestimmt. Dies Prinzip ist abgelehnt worden und Erbrecht des Staates abgelehnt war. Nun ist die Frage, ob wenn eine dritte Abstimmung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder stattfindet, wie hätte sich die sozialdemokratische Fraktion verhalten? Ein Teil derer, die die Erbschaftsteuergefechte fortsetzen, hätten die dritte Abstimmung auch in dritter Abstimmung für die Erbschaftsteuer entschieden, auch in dritter Abstimmung für die Erbschaftsteuer müssen, ein anderer Teil sagt nein. Es ist möglich, sich über etwas zu streiten, was gar nicht eingetragen ist. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (Sehr richtig!) Nichtig ist es, daß Aussprüche gefallen können, die verhängte Erbschaftsteuer unter keinen Umständen und Singer hat im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben, der von seiner Seite widerstrebt, in der Fraktion ist diese Frage nicht geeignet angeschnitten zu werden. (

Eig 13-jähriger Holzhändlersohn ist gestrig sehr zurückgeblieben und ist deshalb auch bereits zweimal fehlen können. Er hat einen plötzlichen Mordversuch, der gewöhnlich im Sommer auftritt. So im Juli vorigen Jahres mit einer Bohnensorte nach Döbeln, wurde er entdeckt und wieder nach Hause gebracht. Im Mai dieses Jahres veranlaßte er einen Fruchthändler zur Überlassung eines Kindes, wobei er vorwies, er sei bereits 16 Jahre, sein Vater bringt ihn in der früheren Stellung, er mögl. es am Tag bringen. Der Händler vertraut ihm einen Wagen an, ohne daß man dieken auf der Königstraße sieben eine Kinder darum, die den herrenhaften Wagen längst zerstört haben. Der Junge war mit 2 M. Einnahmen flüchtig geworden; er geht zu den Bauern auf Land. Nach dem Urteil des Lehrers im gesuchten Leben überaus klar, dagegen sonst wenig bekannt. Sofort nach Döbeln bringt ihm einen Berweis, die Unterschlagung kostet 5 Tage Gefängnis ein.

Ein hübscher, ausgewachsener Junge war bei einem Barbier in der Leine. Er hatte dann nicht die geringste Lust, wurde auch nicht, wie er von seinem Lehrer wieder loskommen sollte. Beobachtete er einen Raubüberfall, wonach ihm der Rauber mit dem Messer in der Hand bestohlen habe, bei seinem Meister aus dem Kreis zu treten. Der wollte das nicht glauben und es mußte deshalb aufzufahren werden. Der Meister erhält eines Tages einen sehr primitiven Brief von dem Rauber, worin er schreibt, daß er in Erfahrung gebracht, daß er mit dem Überfall nicht glaubt. Wenn er dies heute nicht entlassen würde, würde der Rauber auf dem Rad mitfahren in seinem Laden erschossen. Das reichte. Die Barbier geriet in Angst und Schrecken und der Lebende entflohen. Die Polizei nahm ebenfalls verächtlich nach dem geschilderten Fall. Als der Verding, aber die gewöhnliche Entlastung hatte und Anmeldung aus Gemeindeamt ging, beobachtete er dort den Beamten eingemeldete Hitze. Nach Anfang des Februarwochen ist das Schriftstück nicht geeignet, durch zu erwerben. Die abnorme Angstlichkeit kann doch nicht als Durchblutungsstörung berachtet werden, obgleich eine Rötung nicht für gegeben. Das Gericht ist auf Freilassung.

Militägericht.

Mit Gott für König und Vaterland — in Freiheit. Am 2. September d. J. richtete der Minister der Landwehr, August Buche, auf dem Flugplatz Weichen bei Siegen, ein Feuerwehrfest und bat um Aufnahme in die Schützengruppe für Deutsches Reich. Der Gral war überrückend; fand in die Schützengruppe Buche auf 3 Tage in Wittenbergh, weil er den inlangen Dienstweg nicht eingehalten habe. Am 10. Oktober fand Buche das Kreisfestival und 8 Tage später wieder über an den Kaiser und bat entweder um Aufnahme in die Schützengruppe oder um ein Ehrenabzeichen. Diesmal schickte das Standgericht nach dem "Rückläufigen" auf 10 Tage in Wittenbergh. Warum Buche Ehrenabzeichen verlangte, ist nicht recht erklärt, denn er ist bereit, so wegen Durchfalls, Haustriebendurchbruch und Betriebs vorbehalt, dieses Urteil legte er Berufung ein und wurde vom Kreisgericht aufgehoben. Man nahm an, daß er unter der Einwirkung des Altholzbaus habe. Raum hatte Buche die Strafe verbüßt, als er sich drinnen hielt, am 4. Mai d. J., an den Kaiser wandte. Für ihn, um mir für Kaiser und Reich danken zu wollen, bei er zuerst in Wittenbergh gekommen. Er bitte nochmals, in Südwittbergh zu dürfen. Überwältigt die Sache das Gericht? Und er erhält dieselbe für die Umgebung des vorgedrehten Dienstes 18 Tage Wittenbergh. Mit der Begründung, er habe „von oben“ wollen, legte er Berufung gegen die Strafbüro beim Kriegsgericht in Dresden ein. Gleichzeitig fordert der Gerichtsherr daß geringe der Strafe am. Beide Berufungen wurden verworfen.

Sozialdemokratische Landeskongress für Sachsen.

(Schluß.)

Punkt 5 der Tagesordnung — Anträge der Parteigenossen — lebhaft, da keine weiteren Anträge vorliegen.

Als Ort für das Zentralkomitee wird Dresden bestimmt.

Als Ort für die nächste Landesversammlung fand Ingelheim am Rhein Bleibau vor, während Bleibau für Leipzig eintrat.

Die Mehrheit entschied sich für Leipzig.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Wittbergh: Ich glaube, in diesem Sinnesentscheid zu handeln, so zunächst den Zentralkomitee für seine geplanten und aus angekündigten Versammlungen darin. (Krämer). Gleichzeitig bestimmt als auch der Auftag nach Coburg vom Montag und Dienstag waren eine Leistung, wie sie selten ein Ort kann. (Sehr richtig!) Ich glaube, alle Delegierten sind begeistert. (Sehr wahr!)

Wir haben auf der diesjährigen Landesversammlung Neuerkeiten auf dem Gebiet der Organisation zu beflechten, um, wie haben Weißlasse, die sich als praktisch nicht erwiesen, in andere Formen gebracht, um dadurch den Kampf für uns und einheitlicher zu erhalten. Die Komitees, an der Spitze Zentralkomitee, haben sich bemüht, die Verbesserungen für den Kampf zu treffen, wie sie mittler in der Arbeit, und die Landesversammlung ist eigentlich bloß die offizielle Versammlung, die den Wahlkampf eröffnet. Auch bei dieser Gelegenheit haben wir noch einmal kurz geprägt, welches Material wir Wahlkampf zu verhindern haben, wir haben festgestellt, daß wir keinen Stoff nicht auf die Ereignisse innerhalb der grünen

welchen Grenzen haben, sondern daß das ganze Parteigetriebe im Zusammenhang mit der gesamten Reichspolitik steht und daß dementsprechend gehandelt werden muß. Ganzheitlich ist durch die bürgerlichen Parteien Sachsen von neuem der Arbeitervolk aufgegriffen ist, als auch die neue Belastung durch indirekte Steuern, daß Verhalten der bürgerlichen Parteien aller Schattierungen in diesen Fragen geben die Wege an, die wir bei der Wahl zu gehen haben. (Krämer) Wir werden Abrechnung halten, die Wahlabstimmung soll ein Vorposten für die Errichtung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlschlags in Sachsen und für die Errichtung besserer Zustände im Reiche sein. (Krämer) In diesem Sinne bitte ich Sie, die Verhandlungen aufzugeben, in diesem Sinne den Kampf zu führen und in unferen alten Schlachträumen einzutreten. Die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie, sie lebt hoch! (Die Delegierten stimmen begeistert dreimal in den Raus ein.)

Schluß 1½ Uhr.

Neues aus aller Welt.

Die Explosionskatastrophe in Genf.

Genf, 24. August. Über die Katastrophe werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die Explosion erfolgte um 4 Uhr 30 Minuten nachmittags. Die Detonation war in einem Umkreis von drei Stunden hörbar. Gleichzeitig flog eine mächtige Feuerflame auf und überall verbreitete sich der Schrecken: "Die im Quartier La Plaine gelegene städtische Gasfabrik ist zerstört!" Die ganze Stadt ist ohne Gas. Es herrschte infolgedessen eine große Katastrophe. Die Bedeutung wird notdürftig durch Betriebe vorgenommen. Die Passanten wurden durch die Explosion zu Boden geschleudert, die Fuhrwerke wurden umgeworfen. Von den beiden großen Gasbehältern ist der eine im unteren Teile völlig zerstört. Durch drei unmittelbar mit dem Gasbehälter zusammengebauten, gänzlich zerstörte Gebäude, in denen die Laboratorien und Büros sich befanden, führte die große Raupigasleitung von dem Gas produzierenden Ofen. Man nimmt an, daß dort die Explosion entstanden ist, weil infolge des mangelsfehlenden Rohrenabschlusses Feuer zu dem Gas gelangte. Sofort nach der Explosion entzündete die Bewohner hinaus. Dann entstand plötzlich eine Panik wegen der Aufforderung: "Gefahr im Bergzug!" Alle flüchteten, da man glaubte, daß der zweite Gasometer innerhalb weniger Sekunden explodieren würde. Dies trat aber nicht ein. Die Bäume wurden im weiten Umkreis entzweit. Auf dem 800 Meter von der Gasfabrik entfernten Friedhof wurde der halbe Kopf eines Opfers gefunden. Das Feuer selbst war bald gelöscht. Alle Häuser in der Umgebung wurden beschädigt.

Wie das Journal de Genève schreibt, glaubte man in Genf zuerst an ein Erdbeben, als der dumpfe Knall der Explosion des neuen Gasometers erklang. Die aus den Trümmern gezogenen Leichen sind erschreckend anzusehen; die Gesichter sind aufgeblasen, voll Blut und geschwollen. Die Glieder sind vollständig zerstört. Einer der Toten hielt triumphierend die Photographie seines Kindes in den Händen. Aber auch Lebende waren unter den Trümmern, man hörte ihre Schreie unter den Rissen des geschmolzenen Eisens, unter den Steinen und unter den brennenden Holzstücken.

Genf, 24. August. Die Vergungssarbeiten an der Unglücksstätte der gefährlichen Gasexplosion haben die ganze Nacht fortgesetzt. Die Gesamtzahl der Toten beträgt noch den letzten Feststellungen dreizehn. Eine Leiche wird noch gesucht. Von den Toten sind drei Ingenieure, einer Werkmeister und neun Arbeiter, deren Leichen bis 1½ Uhr vormittags alle geborgen waren. Die Zahl der in den Spülern und Unterkünften untergebrachten Schwer- und Leichtverletzten beträgt etwa vierzig. Bis heute besteht bei ihnen keine direkte Lebensgefahr. Der Gasometer enthielt im Augenblick der Katastrophe über 7000 Kubikmeter Gas und war vor zehn Jahren gebaut worden.

Bürgl, 24. August. Die folgenschwere Gasexplosionskatastrophe in der Genfer Gasanstalt ist, wie die Untersuchung ergeben hat, durch verursacht worden, daß Arbeiter ein Vergleich der Gasleitung legten, ohne die notwendige Isolierung erprobte zu haben. Der Knall eines Werkzeuges entzündete das Gas und die Flamme schlug in den großen Gasometer, der 15 000 Kubikmeter enthält, zur Zeit der Katastrophe aber nur zur Hälfte gefüllt war. Der untere Teil des Gasometers ist infolgedessen geborsten; die Kuppel stürzte heraus, blieb aber intakt.

Eine Schiffskatastrophe.

London, 24. August. Wie aus Montevideo geliefert wird, fand am Eingang des dortigen Hafens zwischen dem argentinischen Frachtschiff Columbia, das aus Buenos Aires kam, und einem deutschen Dampfer ein Zusammenstoß statt. Der Dampfer Columbia erlitt ein großes Loch und begann sofort zu sinken. Die Zahl der Toten ist noch nicht genau bekannt, schwankt aber zwischen 150 und 300. Zahllose Menschen sind verschwunden. Der Kapitän des Schiffes und einige Personen konnten sich durch Schwimmen retten. Nach einer anderen Version soll der Kapitän einen Selbstmordversuch gemacht haben. Die meisten Opfer sind Frauen und Kinder, die zu einem Fest nach Montevideo kamen.

London, 24. August. Nach einer Meldung aus Montevideo ist der deutsche Dampfer, der mit dem gesunkenen argentinischen Dampfer Columbia kollidierte, der Dampfer des Norddeutschen Lloyd Schlesien, der ebenfalls bei dem Zusammenstoß beschädigt erlitten.

Montevideo, 24. August. Die Columbia hatte 102 Passagiere und 48 Mann Besatzung an Bord. Der Zusammenstoß erfolgte gegen 8 Uhr früh während eines wolkenbrüchigen Regens im Außen-

hafen. Die Columbia fuhr in den Hafen hinein, Schlesien verließ ihn. Die Columbia wurde in zwei Teile geschnitten. Der Vorder teil sank sofort. Die Mehrzahl der Passagiere wurde von der Katastrophe im Schlafe überrollt. Es entstand eine furchtbare Verwirrung. Die stürmische See erschwerte die Rettungsarbeiten ungemein. Die Zahl der Getöteten soll 70 betragen.

London, 24. August. Eine Meldung aus Montevideo schätzt die Zahl der getöteten Passagiere der Columbia auf 30.

Montevideo, 24. August. Von den Passagieren des gesunkenen Dampfers Columbia ist eine Anzahl gerettet worden, die sich in die Wogen hatte flüchten können. Auch fast die ganze Besatzung ist gerettet worden, aber fast alle Frauen und Kinder sind ertrunken. Die Schlesien ist leicht beschädigt und wird von den Behörden festgehalten.

Montevideo, 24. August. Bei dem Untergange der Columbia, die in fünf Minuten sank, sind nur drei Frauen gerettet worden. Die Besatzung des englischen Kreuzers Amethyst brachte mehrere Personen in Sicherheit. Vier der größten Männer sind von den Getöteten, die fast alle nur halb bekleidet waren, lieben, darunter drei Kinder, gestorben. Einem kleinen Kind gelang es, ein anderes zu retten.

Hamburg, 24. August. Einbrecher drangen heute nachts in das Münsterliche Uhrentisch in der Kaiser-Wilhelmstraße ein, das erst vor einigen Wochen von Einbrechern heimgesucht wurde, und erbeuteten wieder für etwa 10 000 M. Uhren und Goldschmuck.

Magdeburg, 24. August. Die neunjährige Tochter eines Magdeburger Kaufmanns in Stendal warf sich in Selbstmordversuch auf das Gleis der Bahnstrecke Stendal-Wittenbergh, um sich überfahren zu lassen. Es gelang im letzten Augenblick, das Kind zu retten. Schlechte Behandlung im elterlichen Hause soll es zu dem Selbstmordversuch veranlaßt haben.

Frankfurt a. M., 24. August. Der Lenkschiff Barfels III hat mit seiner Fahrt nach Mainz den Preis der Stadt Mainz in Höhe von 2000 M. gewonnen, der für das erste Luftschiff ausgesetzt war, das von der Frankfurter Firma nach Mainz kam.

Konstanz, 24. August. In dem auf schweizerischem Gebiete belegenen Stedtorn weilt seit einigen Tagen eine Provinz Familie, deren jüngste Tochter, die 12 Jahre alt ist, auf einige Zeit nach Weinfelden (Baden) in Pension gegeben werden sollte. Am Sonnabend begaben sich die Eltern nach dem so genannten Ort, um die nötigen Vorbereitungen für die Aufnahme der Tochter in der Pension zu treffen. Da der Abwesenheit der Eltern machten die beiden Schwestern einen Spaziergang im Walde. Das 13jährige Mädchen verlor dabei unerwartet auf einem Platz mit dem Namen ihres Vaters. Das hübsche, läppig entwinkelte Mädchen soll die Tat aus Liebegefühl begangen haben. Die Beerdigung hat heute in Württemberg stattgefunden.

Innsbruck, 24. August. Adolfo Dr. Heinrich Piazza aus Triest, der sich auf der Hochzeitreise befand, ist gestorben in der Nähe von Gries von einer Feldwand abgestürzt und war sofort tot. Seine Frau weilt in Venedig.

8. Quittung über die bei der Expedition der Dresdner Volkszeitung eingegangene Beiträge für Schweden. Restaurant Paul Junck (Alte Brauerei), Große Kirchgasse 7, 11.— Georg Voigt, Produktionsbäckerei, Brotbäckerei 67, 2.— Brotbäckerei H. Gründer (Zwei Segel) 2.— Joseph Pöhlmann 1.— Käthenlager Konsumverein Borowitsch 6.— W. R. Mehlitz 1.— Fr. Höhne 25.— Zimmermann 50.— W. A. W. Freischiel, Weinböhla, Sommerfest auf der Schweizerhöhe, eine Tantour 42.— Unbenannt 50.— Personal bei Blaurennböck Adolf Schaal durch Fr. Schaal 32.— Arbeiter und Arbeitnehmer vom Konsumverein Borowitsch 50.— Zimmermann, Bäuerlein und Bäuerlein 17.— Klempner der Firma Karl Bodmann 60.— Jubiläumsbeitrag von einem Klempner 110.— Mauer und Bäuerlein vom Schulbau Cotta 42,70.— Arbeitervorstand der Firma Rich. Schumann, Zwischenstraße 16, 80.— Haus 50.— Bäuerlein-Bäuerlein-Verein Dresden 14,50.— Deutsche Kinemathek 7,15.— Bäder-Weinböhla-Mühlbachmühle-Verein 20.— Wir geben es jetzt 3.— Schlosswirt Leibnitz durch Grün 128,60.— Konzertisten, Markthalle und Aussteller des Konzertvereins Viehhofen 10.— Wecken, Schuh- und Mantelkäbler Gebauer, Deuben, geläufigt durch 2, 12,50.— Geläufigt durch O. Bauer, Deuben, darüber 1,40 von Muttertaginnen der Dr. Volkszeitung, Deuben, 6,00.— R. V. 2.— Arbeitervorstand der Firma Höhne 2,20.— Bruno Wall 1.— Verbandskollegen der Bäckerei-Brotfabrik W. Schmid mit einem Aufnahmen 13,90.— Werkstatt Mögner, Löbtau, 3,20.— Arbeitervorstand der Firma Ernemann, Fabrik photographischer Apparate, Dresden, 7,55.— Einige Organisierte unter gelber Gesellschaft 5,10.— Zusammen: 476,90 M.

2. Quittung über die beim Gewerkschaftsbüro Wagnleins für den schwedischen Generalstreik eingegangene Gelder: Textilarbeiter, Kohlestelle Leuben 100.— Von den Töpfern der Öfenfabrik Leuben 50.— Von den Mauern, Zimmerern und Bauarbeitern vom Schulhausneubau Niederdorf 18,85.— Firma Hoffmannswein, Leuben 6.— Firma Klämpke u. Thonig, Leinenfabrik 10.— Firma Sachsenwerk, Niederdorf 254.— Von 5 Kollegen, die glaubten, daß die Werkstattbedürfnisse gehoben werden müssen 6.— Schulhausneubau Niederdorf, Baumeister Alois 8.— Neubau Wilhelm u. Richter, Blasewitz 24,70.— Die Bäckerei der Bäckerei-Brotfabrik in Mügeln: eine Pächterin 12,20, die Hausarbeiterin im Alten Bahnhof 3.— G. Club 4.— und einige Schiffer 0,85.— Bäckerei und Brotfabrik der Firma Windisch, Mügeln, 21,20.— Summa: 520,90 M.

Prämie für die Leser der Dresdner Volkszeitung

Alle Leser der Dresdner Volkszeitung erhalten, solange der Vorrat reicht:

Neuer Familien-Atlas

und als Ergänzung hierzu

Neues Geogr. Handbuch

68 Vollkarten und viele Nebenkarten. Nach dem neuesten Material 1908 bearbeitet, darf derselbe Ansprüche erheben auf Genaugkeit und Ausführlichkeit sowohl in bezug auf den Inhalt wie auch in bezug auf praktische Anwendung und wissenschaftlich exakte Durchführung. Selbst der beste Schulatlas kann als Hand- und Familienatlas nicht in Frage kommen, da die Bearbeitung für den lernenden Schüler ein ganz anderes ist, wie für den Häusgebrauch dienlich und praktisch ist. Bisher war es nur möglich, einen Hand- und Familien-Atlas, verbunden mit einem geographischen Handbuch, zum Preise von 15.— bis 40.— zu beschriften.

Durch dieses Angebot setzen wir alle Leser der Dresdner Volkszeitung in die angenehme Lage, beide Werke für nur 3 Mark zu beziehen.



416 Spaltseiten, gutes Papier, deutscher Druck, eleg. gebunden.



An den Humboldt-Verlag, G.m.b.H.
Unternehmensbestellern und Nachschub
Exemplar: Neuer Familien-Atlas, 6 M. 150
Familien-Handbuch, 6 M. 150
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
Nr. 2 Europastr. (vom Werk) M. 1.— und Porto.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Sat statistische Erhebungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder veranlaßt, deren erster Teil fürstlich erschien ist. Es waren 140 000 Fragebögen ausgegeben worden, von denen reichlich 80 000 ausgefüllt zurückkamen. Hieron mussten noch circa 2000 als unbrauchbar ausgeschieden werden, so daß 79 140 Bogen zur Verarbeitung blieben. Davon stammten 73 080 von männlichen und 6 062 von weiblichen Mitgliedern. Hinsichtlich der Arbeitszeit wurde folgendes festgestellt:

Arbeitszeit	Satz der Beteiligten	Durchschnitt der Beteiligten
	männliche	weibliche
8 Stunden	779	22
über 8-9	5 652	721
9-10	56 760	4 623
10-11	7 618	656
11-12	2 196	21
12	683	6

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß der größte Teil sowohl der männlichen als auch der weiblichen Arbeiter 10 Stunden arbeitet. Unter 10 Stunden arbeiten 20 Prozent der männlichen und 27 Prozent der weiblichen Mitglieder; über 10 Stunden 14,4 Prozent der männlichen und 11,6 Prozent der weiblichen Mitglieder.

Die Entlohnung fand bei 56 608 = 78 Prozent der männlichen und bei 3 675 = 60 Prozent der weiblichen Mitglieder in Zeitlohn, bei den übrigen in Tafel oder. Der Arbeitslohn, der pro Woche erzielt wurde, hatte unter Abrechnung von Überstunden und Sonnabarbeit die folgende Höhe:

Arbeitsverdienst	männliche Arbeiter	weibliche Arbeiter
	absolut	in %
- 8 Mark	543	8,9
8-10	823	0,1
10-12	2 036	29,5
über 12-15	3 444	4,7
15-18	12 775	17,5
18-20	11 519	15,8
20-25	39 041	40,8
25-30	12 025	16,4
30-35	2 133	3,0
35	590	0,7

Diese Tabelle zeigt, daß die Lohnverhältnisse bei den Fabrikarbeitern, besonders bei den Arbeitserinnen, noch recht traurige sind. Der durchschnittliche Wecken verdient für alle Arbeiter beträgt 22,08 Mark, für alle Arbeitserinnen nur die Hälfte, nämlich 11,64 Mark. Nur 66 Arbeitserinnen erreichten einen Lohn von über 15 und nur 18 einen solchen von über 20 Mark. Das ist noch nicht einmal 1 Prozent aller Arbeitserinnen.

Sehr interessant ist die Feststellung, die die Arbeiter der Schleiferei über den Zusammenhang zwischen Arbeitseinsatz und Arbeitslohn machen. Es zeigt sich auch hier wieder, daß Erfahrungssatz bestätigt, daß die am längsten arbeitenden Arbeiter die am schlechtesten entlohnt sind und umgekehrt. Folgende Aufstellung gibt darüber Auskunft:

Tägliche Arbeitszeit	Beteiligte Personen	Durchschnittsverdienst pro Woche pro Stunde
8 Stunden	779	26,73
8½	390	26,46
9	4 662	24,68
9½	8 834	24,34
10	47 926	21,92
10½	3 276	20,79
11	4 342	20,46
11½	412	19,67
12	1 784	19,73
über 12	683	20,21

Der Lohn, der in einer bestimmten Arbeitszeit, z. B. einer Stunde verdient wird, steht somit im umgekehrten Verhältnis zur Dauer der täglichen Arbeitszeit.

Soziales.

Der Streit der Steinseher und Räumer von Dresden und Umgebung dauert unverändert fort. Es haben neuerdings Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband des Stein-, Glas- und Straßensanierungs-Gewerbes stattgefunden, sie sind jedoch an dem Standpunkt der Unternehmer gescheitert. Zugang ist fernzuhalten.

Arbeiterfreundliche Bildner werden zum Aufruhr gebeten.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Differenzen bei der Firma Fuhrmann und Drößler, Wittemberger Straße 91, sind beigelegt.

Für die schwedischen Kämpfer

wurden von der Gewerkschaftsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes als 2. Rate wiederum 1000 DR. überwunden.

Italien.

Streit bei den Tunnelarbeitern in Zwickau im Vogtland.

Um den bei den Tunnelarbeiten beschäftigten Arbeitern haben 12 Männer, Mineure und Hilfsarbeiter — 23 davon sind Deutsche, die übrigen Italiener — die Arbeit niedergelegt. Edion vor vier Wochen forderten die Männer und Mineure 45 bis 50 Pf. bei den Mineuren kommen noch sogenanntes Prämiengehalt hinzu, als Hilfsarbeiter 38 bis 43 Pf. Stundenlohn hatten, zwischen. Als aber die erhöhte Lohnforderung abgelehnt werden sollten, erreichten nur einige Männer eine Prämie von 3 Pf. pro Stunde. Der Bauleiter wollte von einer gegebenen Prämie nichts mehr wissen. Vorstellungen bei dem Beirat der Firma W. Holzmann u. Co. in Straßburg, die die Arbeitern aufführte, waren erfolglos, so daß die Arbeitnehmer veranlaßt haben, die Arbeit einzustellen. Der deutlich organisierte Arbeitnehmer wurde zu Streikdern. Sie werden von benachbarten Gremien und von der Arbeitsstelle begleitet, ebenso zwei italienische arbeitswillige Vorarbeiter. Den anderen Italienern hat man schon mit der Ausweisung gedroht. Die Arbeitnehmer hoffen auf einen vollen Sieg, wenn der Zugang streng ferngehalten wird.

Anträge zum Parteitag in Leipzig.

(Schluß.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Wahl der Mitglieder des Parteivorstands wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Stellvertreter, den Schriftführern und drei Vertretern, unter denen eine Sekretärin der Genossenschaft sein muß. Die gleiche Person darf nicht beide Funktionen gleichzeitig ausüben.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Stellvertreter, der Schriftführer und des Sekretärs der Genossenschaft erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach abschließender Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet ein zweiter Wahlgang zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Gleichaufgabe entscheidet das Los.

Die Wahl der übrigen zwei Sekretäre erfolgt durch die Kontrollkommissionen.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstands aus, so ist die Wahl durch eine von der Kontrollkommission vorgeschriebene Neuwahl zu ergänzen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstands können für ihre Tätigkeit eine Vergütung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgelegt.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Güter.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch kleinere Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirkt ein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein kluges Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluss des Parteitags ein kluges Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstands, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Übersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitags Einblick in die Güter zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haftung der Parteidienste.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Auffassung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksvorstand beginnen, der Landesorganisation ergeben.

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand Reitester der Landes- bzw. Bezirksoorganisationen ausschließlich zu hören, aber zu einer Konferenz zu berufen.

Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstands sowie als Berufungsinstitution über Weiderberufungen gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrollleute erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Orts- und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber bestimmt.

Die Kontrolle muss mindestens vierjährlich einmal stattfinden.

Die Einberufungen für die Kontrollkommissionen sind an den Vorständen derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstands finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der Vorwärts, Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an herausgegebener Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Pressekommision, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagwahlkreis besteht.

Die Pressekommision entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Pressekommision entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Pressekommision in ihrer Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Auskunft.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines großen Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Auskluß eines Mitglieds erfolgen, wenn es wiederholt in bewußter Weise die Parteinteressen schädigt.

Über die Zugelassenheit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- bzw. Landesorganisation.

Der Antrag auf Auskluß aus der Partei kann nur durch eine Parteidienstorganisation (Orts-, Wahlkreis-, Bezirks- oder Landesorganisation) gestellt werden. Mit Zustimmung des Angeklagten kann der Ausklußantrag auch vom Vorstand der Parteidienstorganisation gestellt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- bzw. Landesvorstand.

§ 24. Gegen die Entscheidung des Vorstands der Bezirks- bzw. Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Entscheidung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Vorsitzenden wählt der Angeklagte, die andere Hälfte die entsprechende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteidienstorganisation des Bezirksvorstands zu beschränken ist, dem der Angeklagte angehört.

Unterliegt es dem Angeklagten, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmten Frist, die mindestens vier Wochen betragen muss, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 25. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muss innerhalb zwei Wochen vor Stiftsfinden des Parteitags beim Parteivorstand eingereicht sein.

§ 26. Der Auskluß aus der Partei in Fällen des § 23, Absatz 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Inkonsistenzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Auskluß aus der Partei aufzuheben, auf Sonderbestimmungen von Mitgliedsrechten zu erkennen und Rüge zu erläutern.

Der Rat der Organisationen, auch ohne Ausklußantrag, kann eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzurichten, wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 27. Mit dem Ende, dem Antritt oder der Abschließung aus der Partei verliert der frühere Parteidienst jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteidienste aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederannahme.

§ 28. Der Antrag auf Wiederannahme eines aus der Partei ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- bzw. Landesorganisationen zu richten, bei dem das Ausklußverfahren seinerzeit abgelaufen ist. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Auskluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wahlorsts des Antragstellers zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist sozeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den Urteilen an den Parteitag gehalten werden kann.

Anhörung der Organisation.

§ 29. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Änderung der Organisation können nur in 13 vorschreiten, zur öffentlichen Kenntnis der Parteidienste zu bringen.

Eine Abweichung von der letzten Besinnung ist nur zugelassen, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Delegierten einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Internationaler Kongreß.

Hennig, Leipzig: Das Internationale Bureau soll gleichzeitig mit dem Internationalen Kongreß in Asienshafen veranstaltet werden.

Sonstige Anträge.

4. Sach. Kreis: Der Parteivorstand wird bezüglich Regelung der sozialpolitischen Einrichtungen und zur Sozialpolitik aus dem Arbeitsverhältnis entsprechenden Differenzen für die Zeit der Partei befähigten Betriebe (Kreisräte usw.) eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Parteidienste und der Zentralorganisationen, einzurichten.

Rüting, Berlin: Der Parteitag in Leipzig sollte befähigen, die Abreiseberichtszeit mit der Aussicht auf Ausbreitung seines Rechts zu unterstützen.

Obenweg.

Obenweg: Der Parteivorstand möge jährlich jährlich eine Abreiseberichtszeit herausgeben und in beschränkter Anzahl an den Kreisräten der Kreisorganisationen zur Verfügung stellen. Dieses Jahr soll

